



Wortprotokoll der 37. Sitzung

Ausschuss Digitale Agenda

Berlin, den 6. Mai 2015, 16:00 Uhr
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Sitzungssaal: PLH E.200

Vorsitz: Jens Koeppen, MdB

Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt 1

Seite 07

Öffentliches Fachgespräch zum Thema "Ökonomische Aspekte der Digitalisierung"

Liste der Sachverständigen

Ausschussdrucksache 18(24)SB15

Fragenkatalog

Ausschussdrucksache 18(24)SB16

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Beermann, Maik Durz, Hansjörg Jarzombek, Thomas Koeppen, Jens Nick, Dr. Andreas Schipanski, Tankred Schwarzer, Christina	Hornhues, Bettina Lange, Ulrich Schön (St. Wendel), Nadine Tauber, Dr. Peter Wanderwitz, Marco Wendt, Marian Whittaker, Kai
SPD	Esken, Saskia Flisek, Christian Kampmann, Christina Klingbeil, Lars Reichenbach, Gerold	Bartol, Sören Dörmann, Martin Stadler, Svenja Träger, Carsten Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Behrens, Herbert Wawzyniak, Halina	Korte, Jan Pau, Petra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Janecek, Dieter Notz, Dr. Konstantin von	Beck (Köln), Volker Rößner, Tabea



Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda (24. Ausschuss)

Mittwoch, 6. Mai 2015, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU		CDU/CSU	
Beermann, Maik		Hornhues, Bettina	
Durz, Hansjörg		Lange, Ulrich	
Jarzombek, Thomas		Schön (St. Wendel), Nadine	
Koeppen, Jens		Tauber Dr., Peter	
Nick Dr., Andreas		Wanderwitz, Marco	
Schipanski, Tankred		Wendt, Marian	
Schwarzer, Christina		Whittaker, Kai	
SPD		SPD	
Esken, Saskia		Bartol, Sören	
Flisek, Christian		Dörmann, Martin	
Kampmann, Christina		Stadler, Svenja	
Klingbeil, Lars		Träger, Carsten	
Reichenbach, Gerold		Zimmermann Dr., Jens	
DIE LINKE.		DIE LINKE.	
Behrens, Herbert		Korte, Jan	
Wawzyniak, Halina		Pau, Petra	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Janecek, Dieter		Beck (Köln), Volker	
Notz Dr., Konstantin von		Rößner, Tabea	

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts- bezeichnung
Baden-Württemberg			
Bayern	Doebler	A. glun	RD
Berlin			
Brandenburg			
Bremen			
Hamburg			
Hessen			
Mecklenburg-Vorpommern			
Niedersachsen			
Nordrhein-Westfalen			
Rheinland-Pfalz			
Saarland			
Sachsen	Langer	D.L. ze	Ref.
Sachsen-Anhalt			
Schleswig-Holstein			
Thüringen			

Fraktionsmitarbeiter

Name (bitte in Druckschrift)

Fraktion

Unterschrift

Duckert
SCHUELE

CDU/CSU
LINKE

J. Duckert

Schroter

LINKE

S. Schroter

Piallat

Bürgerinitiative

P. Piallat

Wolke

SPD

W. Wolke

Liening

CDU/CSU

L. Liening



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch zum Thema "Ökonomische Aspekte der Digitalisierung"

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich eröffne die 37. Sitzung des Ausschusses für die Digitale Agenda, heute mit einem öffentlichen Fachgespräch zum Thema „Ökonomische Aspekte der Digitalisierung“. Ich bedanke mich für das große Interesse hier im Sitzungssaal, aber auch in der Öffentlichkeit. Wir können heute keinen Livestream anbieten, weil wir leider nur zwei Kanäle haben, die zurzeit anderweitig benötigt werden. Aber der Stream wird dann sofort, wenn die Kanäle frei sind, ins Internet gestellt. Es tut uns leid, aber das ist zurzeit nicht anders möglich. Ich begrüße die Mitglieder des Ausschusses Digitale Agenda, ich begrüße unsere Gäste. Ich begrüße insbesondere unsere Sachverständigen, die ich gleich im Einzelnen vorstellen werde, und die Vertreter der Bundesregierung. Es ist kein Geheimnis, dass der Ausschuss Digitale Agenda die Chancen und Potenziale der Digitalisierung immer voranstellt. Die Schnelligkeit und die Universalität der Informationsverbreitung sind insbesondere in der Wirtschaft die entscheidenden Vorteile bei der Digitalisierung. Die ökonomischen Konsequenzen sind nicht zu unterschätzen. Hierzu zählen insbesondere Kostenveränderungen, die Veränderung rechtlicher Strukturen oder die Veränderung in innerbetrieblichen Abläufen, die Effizienzsteigerung und die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit. Die Frage ist natürlich zunächst, welche Bereiche der Wirtschaft besonders „betroffen“ sind und welche davon besonders profitieren können: Industrie, Mittelstand, die Startups? Aber zu ergründen ist natürlich auch, ob wir eine neue Gründerkultur brauchen. Wie sieht es aus mit der Arbeitswelt? Wie sieht es mit den Arbeitsbedingungen in der digitalen Welt aus? Wie sieht es mit den Fachkräften aus, sind genügend Fachkräfte da, die das dann alles letztendlich noch leisten können? Wie sieht es aus mit der Bildung und der Ausbildung? Gibt es eine Diskrepanz Datenschutz versus Geschäftsmodelle? Ist der Datenschutz umfassend beachtet worden? Wie sieht es generell aus mit den Chancen für die Volkswirtschaft und brauchen wir mehr Regulierung oder mehr Deregulierung? Das alles wollen wir heute mit Ihnen disku-

tieren und ich freue mich, dass wir ein sehr fachkundiges Expertenteam hier haben. Ich begrüße Herrn Bertram Kawlath, Geschäftsführender Gesellschafter und Mitglied im Hauptvorstand des VDMA. Herzlich Willkommen. Ich begrüße Herrn Prof. Jörg Müller-Lietzkow, Professor für Medienökonomie und Medienmanagement am Institut für Medienwissenschaft der Universität Paderborn. Herzlich Willkommen. Herr Prof. Justus Haucap, Institute for Competition Economics, an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Ich begrüße Herrn Prof. Leonhard Dobusch, Juniorprofessor für Organisationstheorie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft, Betriebswirtschaftslehre der Freien Universität Berlin. Herzlich Willkommen. Und Herrn Robin Tech, Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft in Berlin. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen. Ich freue mich, dass wir jetzt zwei Stunden diskutieren können. Es wird so sein, dass Sie jeweils ein fünfminütiges Eingangsstatement halten dürfen. Danach machen wir eine erste Fragerunde. Dafür haben die Abgeordneten jeweils drei Minuten Zeit. Sie adressieren bitte genau, an wen Sie die Frage stellen. In der ersten Runde können zwei Fragen an einen Sachverständigen oder eine Frage an zwei Sachverständige gerichtet werden. Danach wird es eine Fragerunde geben, die so aussieht, dass wir in der Reihenfolge der Wortmeldung vorgehen und die Frage dann sofort von demjenigen beantwortet wird, an den die Frage adressiert wurde. Ich bitte nun um die Statements der Sachverständigen. Es beginnt Herr Kawlath, Sie haben das Wort.

SV Bertram Kawlath: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Mittelstand beschäftigt in Deutschland fast 70 Prozent aller Arbeitnehmer. Im Mittelstand werden 83 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland ausgebildet. Und in meinem Industrieverband, dem Verband der Maschinen- und Anlagenbauer, sind nicht nur 86 Prozent der Mitglieder Mittelständler, zwei Drittel der VDMA-Unternehmen sind kleiner als 100 Mitarbeiter. Trotzdem beschäftigen die deutschen Maschinenbauer fast 1 Mio. Mitarbeiter und wir exportieren 76 Prozent unserer Produkte. Auch meine eigene Unternehmensgruppe, Schubert & Salzer, ist mit 450 Mitarbeitern an Produktionsstandorten in Ingolstadt und Thüringen ein typischer Mittelständler. Die Digitalisierung Industrie



4.0 verändert die Industrie tiefgreifend. Diese vierte industrielle Revolution stellt insbesondere den deutschen Mittelstand mit seinen naturgemäß kleinen Ressourcen vor ungeheure Herausforderungen, bietet uns aber gleichzeitig große Chancen. Mittelständler sind schnell, aber wir können teilweise durch Skaleneffekte oder durch unsere Lage irgendwo in der Fläche auf dem Land gegenüber großen Konzernen benachteiligt sein. Diese Benachteiligung gilt es zu minimieren, um das Wachstumspotenzial von Digitalisierung in der Produktion zu nutzen. Hier ist es von besonderer Bedeutung, den Produktionsaspekt in der Digitalen Agenda noch stärker zu berücksichtigen. Notwendige Unterstützung sehe ich insbesondere in vier Kernbereichen: Bildung, Breitbandausbau, Technologie und Finanzierung. Auf dem Bildungssektor müssen neue Ausbildungs- und Studiengänge entstehen. Im Spannungsfeld zwischen Informatikern und Ingenieuren, die nicht immer die gleiche Sprache sprechen, benötigen wir im Mittelstand Fachkräfte, mit denen wir die neuen Herausforderungen lösen können. Das gilt sowohl für die Hochschulausbildung als auch für die Berufsausbildung oder im dualen System. Das Ganze muss für junge Menschen erfolversprechend sein, und es muss auch einen interessanten Namen haben, um Leute in diese Gänge zu locken. Mechatroniker war sehr erfolgreich im Automobil-Boom, und wir brauchen sowas ähnliches für die Digitalisierung. Auch entsteht hier Bedarf für qualifizierte Zuwanderer. Auch brauchen wir als Mittelständler auf dem Land Berufsschulen und Universitäten abseits der Großstädte. Unerlässlich ist der zügige Ausbau des Breitbandnetzes. Mittelstand heißt, auf dem Land zu arbeiten. Dabei werden die 50 Mbit, die uns heute für morgen versprochen werden, schnell nicht mehr ausreichen. Wenn meine Mitarbeiter gleichzeitig große Bauteilzeichnungen und große Dateien von Röntgenbildern von Bauteilen versenden, wenn der Vertrieb im Netz nach potenziellen Kunden sucht und zur gleichen Zeit Bestandskunden ihre Abrufe digital übermitteln, und zusätzlich möglicherweise 10 oder 20 meiner Mitarbeiter noch über eine Voice over IP-Telefonanlage telefonieren, dann werden auch diese 50 MB noch nicht ausreichen. Und dann habe ich noch keines der Millionen von Ventilen, die wir anbieten, über einen digitalen Weg mit einem Portal verbunden, wo die

User vielleicht Daten wie Baupläne abrufen können. Da meine ich, müsste man einen Stresstest machen. Wieviel brauchen wir eigentlich, wenn alle Leitungen offen sind. Ich kann Ihnen sagen, die 6 Mbit, die mein Betrieb in Thüringen heute erhält, werden mit Sicherheit dafür nicht ausreichen. Da liegt die Digitalisierung noch in ferner Zukunft. Auf dem Feld der Technologie wünsche ich mir öffentlich finanzierte, offene Referenzimplementierung für Kommunikationsprotokolle. Das sind zum Teil hochkomplexe Protokolle, die jedes Unternehmen für den direkten Einsatz implementieren muss. Damit das nicht alles von Cisco und Siemens und Co. kommt, wäre es denkbar, dass vielleicht Fraunhofer oder andere Institutionen hier eine Open-Source-Implementierung entwickeln, die dann mit geringem Aufwand auch von kleinen Unternehmen implementiert werden kann. Zu guter Letzt: wir müssen viel investieren, und diese Investitionen dürfen uns nicht zu lange binden. Der Druck auf die Innovationsgeschwindigkeit ist so hoch wie nie. Freiheit, neue Investitionen zu tätigen, haben wir dann, wenn wir neue Software oder neue Anlagegüter auch schnell abschreiben können. Sonderabschreibungsmöglichkeiten, degressive Abschreibung für Industrie 4.0-bezogene Investitionen, fördern das Innovations-tempo. Wenn ich heute ein Smartphone über sechs Jahre abschreiben muss, ist das der Innovation nicht dienlich. Softwareinvestitionen werden übrigens als immaterielle Investitionen sehr selten und sehr ungern von den Banken als Besicherung angenommen. Auch hier könnte ein Besicherungsprogramm der KfW helfen, damit wir so etwas leichter finanzieren und auch bezahlen können. Digitalisierung der Produktion ist unbedingt notwendig für den Maschinenbau in Deutschland. Und ich hoffe, dass wir die nötigen Rahmenbedingungen schnell schaffen. Danke.

Der Vorsitzende: Das war sehr korrekt mit der Zeit. Vielen Dank, Herr Kawlath. Herr Prof. Müller-Lietzkow, Sie haben das Wort. Bitte schön.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, vielen Dank für die heutige Einladung und auch für die Chance, trotz des Bahnstreiks mit Ihnen sprechen zu dürfen. Als die Einladung kam, habe ich mir eine Menge Gedanken vor allen Dingen zu Ihrem Fragenkatalog gemacht. Sie haben



sich sehr viele Gedanken über den Mittelstand gemacht. Das ist ein logisches Anliegen, wenn der Mittelstand als die Stütze der deutschen Wirtschaft verstanden wird. Ich glaube, das gibt ja jede Statistik her. Sie haben auch zum Beispiel ausgeführt, dass 77 Prozent des Mittelstandes die Themen für zurzeit nicht relevant erachten. Auf diese Zahl würde ich gerne später bei der Fragerunde eingehen. Leider darf ich ja keine Fragen zurückstellen. Ich würde schon da die eine oder andere Nachfrage positionieren. Ich habe auch die Stellungnahmen meiner mit mir hier sitzenden Experten gelesen und festgestellt, dass wir erstaunlicherweise gar nicht sehr weit in der Beurteilung der Situation, wie die Digitalisierung unsere Gesellschaft und unsere Wirtschaft heute beeinflusst, auseinanderliegen. Was mir aber auch aufgefallen ist, und da habe ich versucht, einen Akzent zu setzen, ist die Überlegung, dass, wenn Sie über die ökonomischen Aspekte sprechen, wir eigentlich ein großes Dilemma haben. Nämlich das Dilemma, dass wir eigentlich Theoriearmut durchleiden. Woran ist das festzumachen? Die etablierten Wirtschaftstheorien sind alle zu einem Zeitpunkt entwickelt worden, wo wir eine klassische Industrie hatten, eine klassische Wirtschaft. Da konnte man sich auf bestimmte Prozesse verlassen. Diese Prozesse waren zumindest von, sagen wir, zeitlich absehbarer Stabilität geprägt. Heute, wenn ich dann so Sachen lese, die in der ersten Phase der New Economy geschrieben worden sind, können Sie mit ziemlicher Sicherheit sagen, dass die heute obsolet sind. Wenn wir heute über so etwas wie Sharing Economy sprechen, dann ist die Bildung einer Theorie, die uns tatsächlich nachhaltig sagt, was wir tun sollen, ein echtes Problem. Weil in kurzer Zeit schon wieder neue Innovationen auftreten. Die Folge davon ist, wir haben zwar viele Daten, und es werden tatsächlich sehr viele Daten generiert, und wir behaupten, wir können daraus etwas herauslesen. Aber wir haben eigentlich nur wenige Hilfspunkte, die uns sagen, wie wir damit umgehen können. Jetzt kann man das aus einer volkswirtschaftlichen Perspektive betrachten. Das wird Herr Justus Haucap bestimmt nachher tun. Man kann aber auch versuchen, auf einer betriebswirtschaftlichen Ebene darauf zu schauen, und sagen, was sind die Konsequenzen daraus, wenn wir Theoriearmut haben. Sie haben es schon gerade gesagt, Herr Kawlath. Die Frage ist natürlich auch,

wie kann man das Ganze wieder in einen Transferprozess übersetzen. Nun könnten wir an vielen Stellen ansetzen und an vielen Stellen auch nachfragen. Ich glaube, in jeder einzelnen Industrie treten Fragestellungen auf, die wir spezialisiert behandeln müssten. Dennoch müssen wir auf der anderen Seite wieder schauen, was können wir generell ableiten, was sind Handlungsempfehlungen für die Politik. Ich habe mir für dieses erste Statement drei Punkte herausgegriffen: Erstens, Sie haben das Thema Sharing Economy angesprochen. Zurzeit bedeutet Sharing Economy, dass wir Modelle wie AirBnB und Uber diskutieren. Wir diskutieren Modelle über digitales Sharen von Cloud Space oder anderen Dingen. Mir fällt auf, dass wir sehr wenig darüber diskutieren, wie das eigentlich für den Mittelstand fruchtbar gemacht werden kann. Wie können die, jenseits dieses reinen Business' zu Consumer-Denkens, wie können die in Business to Business denken und tatsächlich Sharing Economy besser nutzen? Das fängt bei der Landwirtschaft an. Wie kann man da moderne Gerätschaften nutzen, die sehr teuer in der Anschaffung sind? Früher wurde das mit Leasing-Verträgen gemacht. Heute kann man vielleicht über andere Modelle nachdenken. Wie kann da produktive Ressourcenallokation erfolgen? Es geht weiter über hochinnovative 3D-Druckanlagen für große industrielle Betriebe, etwa im Leichtbau. Auch da kann man über Sharing Economy nachdenken. Der zweite Aspekt: Ich glaube, dass zurzeit sehr wenig über sowas wie distributive Innovation nachgedacht wird. Und das meine ich nicht nur, aber auch aus der ökonomischen Perspektive. Die Verschränkung von Wissenschaft und Wirtschaft an der Stelle müsste gesteigert werden. Dazu hat Politik, glaube ich, einen Gestaltungsauftrag. Denn dann muss man natürlich darüber nachdenken, wie und vor allen Dingen wo die Ansatzpunkte sind, wer Innovationstreiber ist und natürlich wie entsprechende Gesetzgebung aussehen muss, damit die wissenschaftlichen Erkenntnisse einfließen können. Drittens müssen wir uns darüber Gedanken machen, dass die Arbeitswelt sehr stark transformiert ist. Diese Transformation bedeutet für mich, dass das normale Arbeitsverhältnis, das Normarbeitsverhältnis, aufgelöst ist, und dass es sehr wichtig ist, dass man auch die Menschen, die arbeiten also nicht nur immer die aus der Managerperspektive, sondern auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer,



weiter mitnimmt. Auch hier hat Politik eine Gestaltungsaufgabe. Und die Gestaltungsaufgabe liegt darin, sich entsprechende Programme zu überlegen und vielleicht manche bürokratische Hürde dafür sein zu lassen.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Herr Prof. Haucap, bitteschön.

SV Prof. Dr. Justus Haucap: Vielen herzlichen Dank. Ich freue mich genauso wie meine Kollegen, hier sein zu dürfen, und meine Gedanken preis zu geben. Ich will mich auf vier Punkte konzentrieren. Der Fragenkatalog startete mit drei Fragen, die sehr stark mittelstandsbezogen waren, und so ein bisschen darauf abzielten, welche Sektoren und Branchen von der Digitalisierung besonders betroffen sein werden. Mein Kollege hat schon in seiner Stellungnahme ganz gut darauf hingewiesen, dass eine Prognose, was letztendlich passieren wird, natürlich unheimlich schwer ist. Aber wenn man versucht, ein bisschen systematisch darüber nachzudenken, dann sehen wir schon heute, dass bestimmte Bereiche der Intermediation, also der Vermittlung des Handels von Dienstleistungen, die ich nicht unbedingt sofort benötige oder die sehr leicht zu transportieren sind, sehr schnell verschwinden werden. Beispielsweise ist es wahrscheinlich nicht sehr schwer zu prognostizieren, dass es in irgendeiner absehbaren Zukunft keine Videotheken, zumindest keine stationären Videotheken, mehr geben wird, sondern dass die Menschen Filme einfach aus dem Netz beziehen werden. Das heißt, wir sehen hier einen Strukturwandel und im Bereich des Handels werden wir uns sicherlich auf Veränderungen einstellen müssen, die teilweise schwer zu bremsen sind, auch wenn man das möglicherweise versuchen möchte, wie beispielsweise im stationären Buchhandel. Aber es wird vermutlich sehr schwierig sein, die Leute vom Lesen von E-Books abzuhalten. Von daher ist davon auszugehen, dass diese Sektoren stark betroffen sind. Im Bereich der Industrie, die auch betroffen ist, würde ich sagen, sind die Substitutionswirkungen wahrscheinlich weniger gravierend, da in irgendeiner Form noch produziert wird. Aber die Produktivitätsfortschritte wird man wahrscheinlich beobachten. Dass es also durch die Digitalisierung in der Logistik, in den industriellen Fertigungsprozessen und auch in den Anlagen, die wir haben, dann

doch neue Fertigungstechniken, Maschinen und Produkte geben wird, die letztendlich auch dazu beitragen können, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie weiter zu erhöhen. Das ist für den Standort Deutschland, der sehr stark industriegetrieben ist, sicherlich ein ganz wichtiger Punkt. Ich hatte bei meiner Stellungnahme auch noch darauf hingewiesen, dass häufig mitklingt, dass der Mittelstand vielleicht zugrunde gehen könnte, weil wir Konzentrationsprozesse auf vielen Märkten sehen. Das mag auf manchen Märkten so sein, aber ich würde das nicht als übergreifendes Phänomen beachten. Denn es gibt auch Studien, die auch ganz gut belegen, dass die Digitalisierung die Chance gibt, auf vielen Märkten Markteintrittsbarrieren einzureißen. Ich habe das in der Stellungnahme am Beispiel des Cloud Computing ein bisschen dargelegt. Während früher nur große Unternehmen das Geld hatten, um in spezialisierte Software hinreichend zu investieren, ist dies heute durch das Teilen auch kleineren Unternehmen möglich. Denn Cloud Computing ist ja letzten Endes nichts anderes als ein Sharing von Kapazitäten oder auch von Softwareapplikationen. Denn es ist möglich, dass man nicht mehr Software kauft, sondern nur noch kleinteilig drauf zugreift und dadurch in Märkte vorstoßen kann, in denen man vorher nicht unterwegs war. Es gibt da einige Studien, auch wenn die mit Vorsicht zu genießen sind, die sagen, diese zusätzlichen Wettbewerbsimpulse, die durch das Einreißen von Markteintrittsbarrieren entstehen, die können auch signifikante Wachstumseffekte auslösen. Sharing Economy ist im Prinzip nichts Neues. Ich glaube, hier muss man nur vorsichtig sein, dass man, insbesondere bei diesem neuen Phänomen Uber oder AirBnB, nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschüttet, sondern die Regulierungen, die wir haben, behutsam überprüft und anpasst. Es gibt ja dieses Wort: "Wenn alles so bleiben soll, wie es ist, dann müssen wir uns ändern". Das gilt hier sicherlich auch, bestimmte Regulierungen sind eben überflüssig, was nicht heißt, dass wir in diesen Märkten keine Regulierung mehr brauchen. Ich sage noch etwas zum Thema Kartellrecht, weil ich vermute, dass ich da der Einzige bin, der dazu etwas sagen wird. Das Kartellrecht steht zweifellos vor neuen Herausforderungen. Es gibt bestimmte Dinge, die verstehen wir schon sehr gut. Am Beispiel WhatsApp konnte man das sehr gut



sehen, dass es nicht mehr sinnvoll ist, die Aufgreifschwelle in der Fusionskontrolle nur an Umsätzen festzumachen. Das hat man traditionell so gemacht. Das war auch sinnvoll, weil man nicht die Fusion jeder Imbissbude kontrollieren wollte. Das ist natürlich heute nicht mehr so günstig, weil viele Startups möglicherweise noch keinen Umsatz machen, aber schon eine sehr hohe Marktbedeutung haben. Die Amerikaner machen deshalb auch am Transaktionswert eine Aufgreifschwelle fest. Wenn die Transaktion einen gewissen Wert übersteigt, diesen muss man definieren, zum Beispiel mit einer Bagatellmarktschwelle von 15 Mio. dann kann man sagen, wenn der Transaktionswert 15 Mio. übersteigt, dann kann kontrolliert werden. Das wäre eine einfache Lösung. Schwierig ist sicherlich, wie wir mit dem Zugang zu den Daten umgehen. Es zeigt sich in manchen Teilen, dass Daten so etwas wie eine essential facility, also eine wesentliche Einrichtung im Sinne des Kartellrechts sind. Das heißt, wenn ich keinen Zugriff bekomme, dann kann ich nur schwer auf den Märkten konkurrieren. Hier könnten sich möglicherweise Datenschutz und Wettbewerbsförderung beißen. Denn wenn jemand zum Beispiel zu Google die Einwilligung gegeben hat, seine Daten zu nutzen, heißt das natürlich nicht, dass er auch anderen diese Einwilligung gibt. Aber wenn jetzt Wettbewerber Zugriff auf diese Daten wollen, um auch konkurrieren zu können, dann müssen wir uns damit befassen, wie wir dieses Spannungsfeld zwischen Datenschutz und Kartellrecht oder Wettbewerbsförderung auflösen können. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Prof. Haucap. Herr Prof. Dobusch, Sie haben das Wort für Ihr Eingangsstatement, bitteschön.

SV Prof. Dr. Leonhard Dobusch: Ich bedanke mich ebenfalls für die Einladung und ich danke auch für den Hinweis. Ich war derjenige, der in seiner Stellungnahme Skepsis geäußert hat, dass man prognostizieren kann, dass 43 oder 47 Prozent ich weiß nicht mehr genau aller Arbeitsplätze durch die Digitalisierung gefährdet sind. Ich bewundere Kolleginnen und Kollegen in der Forschung, die sich zutrauen, hier eine Zahl drauf zu schreiben. Ich halte das für unseriös. Ich will in meiner Stellungnahme betonen, nur weil wir nicht genau wissen, wo es hingehet, heißt das aber

nicht, dass man nichts tun kann oder soll. Das bedeutet einerseits, dass ganz „undigitale“ Fragestellungen wie zu sozialer Absicherung, produktivitätsorientierter Lohnpolitik, oder fiskalpolitischen Maßnahmen, auch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten können, die digitale Entwicklung und die digitale Wirtschaft, zu gestalten. Das will ich vorwegschicken. Ich glaube nicht, dass alles, was im Digitalen passiert, sich auch mit Digitalpolitik lösen lassen wird. Ich glaube allerdings, dass der Schwerpunkt hier und heute doch dabei liegt, die Frage formulieren: Wo müssen wir vielleicht doch konkret im Bereich digitaler Wirtschaft aktiv werden? Da gab es vom geschätzten Vorsitzenden die Frage nach mehr Regulierung oder mehr Deregulierung. Da möchte ich mich auch gleich unbeliebt machen, indem ich sage, ich bin für ein überzeugtes Sowohl-als-auch und ein überzeugtes Weder-noch. Ich möchte konkret spezifizieren, was ich damit meine. Mit dem Sowohl-als-auch meine ich, dass und das ist in den hinteren Fragen auch angeklungen viele Fragen der Digitalisierung extrem dominiert sind von der europäischen Dimension, und heute wurde ja gerade die Digitalmarktstrategie vorgestellt. Ich glaube, man kann hier im Deutschen Bundestag diese Fragen auch nicht mehr ernsthaft ohne diese europäische Dimension diskutieren. Um drei Regulierungsfälle herauszugreifen: Im Datenschutz haben wir immer noch einen Flickenteppich, der es einfach schwer macht, grenzüberschreitend Waren und Dienstleistungen anzubieten. Es liegt eigentlich ein Vorschlag vom Parlament auf dem Tisch, die Datenschutzgrundverordnung. Hier ist die Frage, warum da eigentlich nicht weitergeht. Das ist eigentlich überfällig. Im Urheberrecht sieht es ähnlich aus. Da ist der Flickenteppich noch viel schlimmer. Jetzt wird über Geoblocking diskutiert. Erfreulicherweise hat Herr Ansip, als zuständiger Vizepräsident der Kommission, sich jetzt doch gemeinsam mit Herrn Oettinger deutlich positioniert. Der Kollege hat gemeint, die Videotheken wird es bald nicht mehr geben. Ich würde sagen, der beste Freund der Videotheken ist das Geoblocking, denn so lange, wie das Geoblocking so stark ist, finde ich immer noch in meiner popeligen Videothek um die Ecke ein Vollprogramm, während ich mich online schwer tue, herauszufinden, auf welche Art und Weise ich überhaupt einen Film ansehen könnte, auch wenn ich bereit wäre, dafür zu bezahlen. Dritter Punkt, und das ist der einzige, bei dem vielleicht



Sowohl-als-auch nicht ganz stimmt, sondern bei dem es um ein Regulierungsdefizit geht. Das ist meiner Meinung nach die Netzneutralität. Da würde ich wirklich sagen, dass man eine Daumenregeln formulieren kann: Je schwächer ausgeprägt die Netzneutralitätsregulierung ist, je schwächer also die Netzneutralität geschützt ist, desto mehr entscheiden etablierte Unternehmen mit starker Marktposition, wie zum Beispiel die Telekom, darüber, welche Innovationen überhaupt eine Chance bekommen. Da muss man sich halt die Frage stellen, ob man das haben möchte. Wenn ich gesagt habe, ich bin aber auch für Weder-noch, dann beziehe ich mich auf den Bereich der bereits angesprochenen Sharing Economy. Im Bereich des Sharing Economy geht es nämlich meiner Meinung nach weniger um möglichst viel neue Regulierung oder um möglichst viel Deregulierung, sondern es geht eher um eine teilweise empirische Fragestellung. Es geht darum, genau zu schauen, welche der bereits bestehenden Plattformen neuen Regulierungen unterworfen werden sollten. Da ist es wahrscheinlich nur erforderlich, an einem kleinen Schraubchen zu drehen. Ist es nicht so, dass, wenn zum Beispiel Umsatzschwellen überschritten werden, wie Kollege Haucap beschrieben hat, man hier einfach zum Beispiel bei AirBnB die Regeln zur Anwendung bringen muss, die für Ferienwohnungen ohnehin gelten. Da muss ich mir nicht ein eigenes AirBnB-Gesetz überlegen. Mein letzter Punkt wäre dann noch, einen stärkeren Mut zu Grauzonen zu haben. Das ist vielleicht ein bisschen ungewohnt, und man muss es sich auch sorgfältig überlegen. Vielleicht sollte man nicht alles bis ins letzte Detail regeln und sich vielleicht auch als Politik mit groben Leitlinien, mit Prinzipien, begnügen. Und dann ich weiß, es entspricht nicht unserer Rechtstradition einmal eher sagen: "Lassen wir in diesen Grauzonen einmal Innovationen zu und delegieren die endgültige Entscheidung darüber, wie die zu verorten sind, an Gerichte oder an nachgelagerte Stellen, die das dann evaluieren. Danke.

Der Vorsitzende: Ich danke Ihnen, Herr Prof. Dobusch. Jetzt hat Herr Tech das Wort für sein Eingangsstatement. Bitteschön.

SV Robin P. G. Tech: Auch von mir vielen Dank für die Einladung, das ist heute eine Premiere für mich. Gleich anschließend an meinen Vorredner

bin ich zwar auch ein großer Fan von „Das-kommt-darauf-an“ und „sowohl-als-auch“-Antworten. Ich bin Wissenschaftler am Alexander von Humboldt Institut und gleichzeitig Geschäftsführer eines dieser verrückten Startup-Unternehmen. Ich werde in dieser Position vielleicht auch zwei, drei sehr direkte Aussagen machen können. Ich würde zu Beginn gerne gleich zu Anfang auch über den deutschen Mittelstand sprechen. Ohne Überraschung mache ich dann gleich die Verbindung zu Startup-Unternehmen. Sie haben beispielsweise in Ihrer Frage geschrieben: der deutsche Mittelstand zwischen Startup sowie internationalen Plattformen und Großindustrie. Ich habe gleich in meiner Antwort geschrieben, der deutsche Mittelstand mit und gemeinsam an der Seite von Startup-Unternehmen. Warum? Meine Meinung ist hier, dass der internationale Konkurrenzdruck, der im Zuge der Globalisierung unserem Mittelstand natürlich geholfen hat, führt nun aber auch dazu, dass der Konkurrenzdruck nun global stattfindet in Kombination mit sich stärker verkürzenden Innovations- und Produktlebenszyklen. Ich würde fast behaupten, das übt einen gewissen Druck auf den deutschen Mittelstand aus. Eine Lösungsmöglichkeit könnte hier sein, die Innovationstätigkeit, die inhärent und fast schon definitionsgebend für ein Startup-Unternehmen ist, hier zu nutzen und zwar hier stärker zu nutzen. Das sehen wir momentan primär bei deutschen Konzernen; die Telekom haben wir gerade schon angesprochen. Der deutsche Mittelstand ist hier noch relativ inaktiv, was das Thema Zusammenarbeit mit Startup-Unternehmen angeht. Ich würde sogar die Vermutung äußern, selbst wenn da etwas passiert, konzentriert sich das digital, also auf Internet-Startups. Dabei hat der deutsche Mittelstand doch eigentlich gar nicht so viel mit einem auf dem Silikon Valley basierenden Internet-, App- und Softwareindustriestrom zu tun, sondern eher mit Hardware. Das heißt, hier wäre vielleicht eine Idee, mit digitalisierter Hardware, die Startup-Unternehmen sich erdenken, zusammenzuarbeiten. Was würde das dem deutschen Mittelstand und den deutschen Unternehmen bringen? Ich denke, dass gerade aufgrund der oftmals starken Nischentätigkeit von deutschen Mittelständlern eine Zusammenarbeit mit Startup-Unternehmen die ja genau das tun, nämlich Nischen verbessern und sich in Nischen platzieren, weil sie



sonst nämlich sofort vom Konkurrenzdruck verschluckt werden würden suchen sollten. In diesen Nischen könnten deutsche Mittelständler vielleicht finden, was sie brauchen. Dann kommen wir weiter auf das Thema Digitalisierung Industrie 4.0 oder das Internet of Things. Hier sehe ich große Möglichkeiten des Ausbaus für den deutschen Mittelstand. Herr Kawlath und ich hatten uns schon vorher darüber ausgetauscht und über die Potenziale und Möglichkeiten, die sich in Zukunft noch ergeben werden, gesprochen. Das finde ich enorm spannend. Das kann natürlich auch wieder in zwei Richtungen gehen, manchmal sogar im gleichen Unternehmen unter einem Dach. Nämlich einerseits, dass ein Mittelstandsunternehmen sogenannte Lock-in-Effekte herstellt, indem es Produkte mit einer digitalen Schicht ausstattet und somit Kunden durch eigene Plattformen und Systeme an sich bindet. Das machen große Konzerne schon recht erfolgreich. Dem Mittelstand eröffnet sich durch Industrie 4.0 durchaus die Möglichkeit dazu. Andersherum könnte man natürlich auch die Richtung von Open-Source Hardware gehen und die hier bestehenden Potenziale nutzen. Auch das wurde angesprochen. Open-Source Hardware bringt natürlich auch den Übergang zur Share Economy. Hierauf würde ich ganz gerne abschließend hinarbeiten und eine Differenzierung vornehmen. Vielleicht kommen wir ja auch später noch darauf. Es wurde erst über Share Economy gesprochen, und ich habe AirBnB und Uber gehört. Es gibt Share Economy aber schon ganz lange. Und Carsharing gibt es noch viel länger als es Daimlers Car2go gibt. Vielleicht hilft da auch eine Differenzierung. Danke schön.

Der Vorsitzende: Vielen Dank an die Sachverständigen für die ersten Eingangsstatements. Ich gebe jetzt das Wort für die erste Runde der Kollegin Christina Schwarzer für die CDU/CSU-Fraktion. Bitteschön.

Abg. Christina Schwarzer (CDU/CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Herren Sachverständige. Schade, dass wir nur zwei Stunden haben. Ich glaube, das ist eine Debatte, die wir über Tage führen können. Wir hier in diesem Ausschuss, wir sind eine kleine und feine Runde. Es ist ja ein sehr kleiner Ausschuss. Aber ich glaube, wir alle sind nicht müde, um genau diese Themen

immer wieder anzusprechen. Wir sind alle auf Podiumsdiskussionen, wir sind im Wahlkreis unterwegs, wir sprechen mit Bürgern, wir sprechen auch mit dem Mittelstand, mit diesem Mittelstand, der heute schon so oft angesprochen worden ist. Da würde ich ganz gerne einsteigen. Herr Kawlath, ich musste googeln, was Ihr Verband macht, und das Ergebnis war für mich nicht sehr überraschend. Sie waren in Ihren Aussagen sehr positiv. Aber ich möchte jetzt auch die Zahl wiederholen, die von Ihnen genannt worden ist, nämlich die 77 Prozent der Mittelständler, die zwar anerkennen, aha, da gibt es ein Thema. Aber für fast nur die Hälfte ist das Thema eben relevant. Das merke ich persönlich bei mir im Freundeskreis. Im Wahlkreis sprechen alle von dieser verrückten Digitalisierung und „machen wir schon“, und dann ist es letztendlich für den Kfz-Mechaniker, der vielleicht zwei Angestellte hat, das Höchste der Gefühle, dass er eine eigene Internetseite hat. Das ist dann das Thema Digitalisierung. Ganz großes Feld sozusagen, aber dann hört es schon auf. Ich frage mich immer: Warum ist das so, und wann wird das Thema relevant? Wird das Thema überhaupt noch relevant für die Mittelständler? Ich spreche jetzt nicht für die Mitglieder, die Sie letztendlich in Ihrem Verband haben, sondern wirklich für die Leute, die aus dem Kfz-Bereich, aus der Elektrobranche usw. kommen, normale Handwerker sozusagen. Ich glaube, da ist die Digitalisierung tatsächlich noch nicht angekommen. Da ist auch schon meine erste Frage, die würde ich ganz gerne Herrn Prof. Haucap und Herrn Prof. Müller-Lietzkow stellen. Also, diese Frage ist: Wie schätzen Sie das ein, wie wird sich die Digitalisierung beim Mittelstand noch entwickeln, wobei ich jetzt ganz explizit die kleineren Unternehmen meine? Herr Prof. Müller-Lietzkow, Sie haben gesagt, wir haben zurzeit keine Theorien, nach denen wir uns richten können. Wir würden gerne in die Bücher schauen, aber wir wissen es nicht. Vielleicht haben Sie schon einmal sozusagen in die Kugel geschaut und können uns da eine Tendenz geben. Ich würde mir wünschen, dass wir eine hätten, weil da wäre dann letztendlich die nächste Frage: Darauf muss ja dann Politik reagieren. Wir haben vorhin schon von Regulierungen und Deregulierungen gesprochen. Ich glaube, wir greifen immer nur dann ein, wenn es knallt. Die entsprechenden Firmen wur-



den eben schon genannt. Bei Uber und AirBnB erlässt der Gesetzgeber dann Gesetze, weil wir dagegen oder dafür sind. Aber ich glaube, wir müssen anders handeln. Ich glaube, das können wir tatsächlich nur, wenn wir eine Tendenz erkennen, wie sich auch gerade der kleine Mittelstand weiter entwickelt im Thema Digitalisierung.

Der Vorsitzende: In der ersten Runde sammeln wir zunächst die Fragen. Als nächste hat das Wort die Kollegin Halina Wawzyniak für die Fraktion DIE LINKE.

Abg. Halina Wawzyniak (DIE LINKE.): Ich möchte zwei Fragen an Herrn Dobusch stellen. Diese beziehen sich im Wesentlichen auf Aussagen in der schriftlichen Stellungnahme, einfach um darin angedeutete Themen zu vertiefen. Und zwar möchte ich zunächst darauf eingehen, dass Sie unter dem Punkt „Technologischer Wandel und Arbeitsplatzwirksamkeit“ folgendes geschrieben haben: Einerseits erfordern gerade radikale technologische Umbrüche besondere Anstrengungen im Bereich soziale Absicherung sowie Bildungs- und Schulungsangebote, andererseits gilt es, Instrumente im Bereich von Lohn- und Fiskalpolitik sowie Arbeitszeitregulierung je nach gesamtwirtschaftlicher Produktivitätsentwicklung entsprechend zum Einsatz zu bringen. Nun haben Sie im Hinblick auf die Sharing Economy gesagt, einerseits und andererseits; auf der einen Seite muss man gucken, ob nicht bestimmte Sachen unter bestehende Regelungen subsumierbar sind oder ob nicht neue Regelungen geschaffen werden sollen. Vielleicht könnten Sie das für den Bereich auch nochmal ausführen, in welche Richtung das aus Ihrer Sicht gehen sollte. Also eher, ob bestehende Regelungen greifen, oder ob es da neue Regelungen braucht. Die zweite Frage: Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme im Hinblick auf die EU-Urheberrechtsrichtlinie im Hinblick auf Artikel 5 davon gesprochen, dass in bestimmten Fällen Ausnahmen vom urheberrechtlichen Schutz also die Schranken, das kennen wir ja alles vorgesehen sind. Und Sie haben das als Innovationshemmnis beschrieben und die These aufgestellt, dass das weniger für die Endnutzer ein Problem sei, sondern für die innovativen Unternehmen. Da würde ich schon gerne ein, zwei Sätze mehr hören, weshalb das eher in Richtung innovative Unternehmen ein Problem sei und

vielleicht auch, in welche Richtung die neue EU-Urheberrechtsrichtlinie gehen müsste.

Der Vorsitzende: Der Kollege Klingbeil für die SPD-Fraktion, bitteschön.

Abg. Lars Klingbeil (SPD): Herzlichen Dank für die interessanten Inputs. Ich will einen Punkt aufgreifen, den der Leonhard Dobusch angesprochen hat, nämlich diese Frage, wieviel Arbeitsplätze fallen eigentlich weg. Da gibt es zwar eine ganze Reihe kluger Bücher, die sich spannend lesen und in denen gewisse Szenarien an die Wand gemalt werden. Ich glaube, für uns in der Politik wäre es aber natürlich wichtig, auch verlässliche Forschung zu haben. Ich möchte daher die Frage in den Raum stellen, ob Sie aus Ihrer Erfahrung berichten, ob man sich damit in anderen Ländern auch in der Wissenschaft auseinandersetzt hat. Welche Bereiche sind die nächsten in der Wirtschaft, die von Digitalisierung erfasst werden? Welche Veränderungen kommen da auf einen zu? Auch die Debatte um Uber ist ja eine, die absehbar war: Dort wurden bestimmte Regulierungsmechanismen in Frage gestellt, wozu Politik auch hätte vorausschauender agieren können. Aber wie machen andere Länder das? Gibt es da Frühwarnsysteme, gibt es Forschung und Wissenschaft, die sich intensiver damit auseinandersetzen? Das knüpft an einen zweiten Bereich an, der auch in den Statements immer angeklungen hat, nämlich die ganze Thematik der Veränderung der Arbeitswelt. Ich glaube, das ist eines der großen Themenfelder, das vor uns liegt, das für mich auch zu dem Thema gehört, das wir heute diskutieren. Vielleicht können Sie berichten, an welchen Stellen Sie Regulierungsbedarf in der Arbeitswelt sehen. Was sind da die dringendsten Punkte? Meine Fragen gehen an Herrn Haucap und Herrn Dobusch.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Der Kollege Janeczek hat das Wort, bitteschön, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. Dieter Janeczek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich habe zwei Komplexe, die ich ansprechen möchte. Das eine ist die Frage mit dieser Angstperspektive zu Silicon Valley, die die Industrie und den Mittelstand umtreibt. Diese Perspektive teile ich übrigens so nicht, denn ich



glaube, dass das keine vergleichbaren Systeme sind. Trotzdem kann man lernen, dass die Hochskalierung von Plattformen etwas ist, was die Deutschen nicht gut gemacht und die Amerikaner gut gemacht haben. Die Frage ist aber jetzt, wie wir unsere Stärken im Mittelstand mit den Stärken, die wir auch bereits im Bereich Startup-Welt entwickeln, verbinden, allerdings mit Potenzial und Luft nach oben, wie man so schön sagt. Wie wir das zusammenbringen, kulturell und natürlich auch systematisch. Da spielt auch die Wissenschaft mit hinein. Das wurde auch bereits angesprochen. Wir haben die vier großen Institute, die auf unterschiedlichste Art und Weise, von Fraunhofer bis Leibnitz, versuchen, ihre Punkte zu setzen. Meine Frage an Herrn Tech bezieht sich auf die Verzahnung von Wirtschaft und Wissenschaft. Sie kommen aus dieser Welt der Startups, der Wissenschaft, und Sie arbeiten an der Schnittstelle. Was müssten wir als Politik für einen Rahmen setzen, oder vielleicht auch, was müssen wir für ein Klima schaffen, damit wir die Stärken, die wir haben, verbinden und vielleicht auch noch in eine Richtung drehen, die in Deutschland wichtig ist. Nämlich in Richtung Energiewende, Effizienz, einen ökologischen Impetus schaffen, der auch ein Alleinstellungsmerkmal sein könnte für Deutschland, um unique selling points im globalen Markt zu schaffen. Das wäre doch nicht so schlecht, wenn wir das hinkriegen. Das zweite ist der Bereich der Sharing Economy. Das frage ich jetzt Prof. Haucap. Es ist immer ein bisschen eine Definitionsfrage, was ist das eigentlich. Es klingt für die einen nach Caring Economy, wir kümmern uns und teilen alles. Die anderen sagen, das ist so eine Art Durchökonomisierung einer der letzten Lebensbereiche und der Kapitalismus in Reinform. Jetzt überspitze ich das natürlich. Ich glaube, Sie hatten das im ersten Statement gesagt, Herr Prof. Müller-Lietzkow, „produktivere Quellen-Allokation“. Das wäre sozusagen der Vorteil, den man ökonomisch schöpfen kann. Da wäre ich sehr dafür. Jetzt die Frage, wir haben die Diskussion, eben die populäre Uber und AirBNB. Das sind die zwei Märkte, die man sich derzeit genau anschaut. Im Bezirk Prenzlauer Berg kriegt man keine Wohnungen mehr, weil alles über AirBNB läuft und die Leute eine Zweitwohnung besitzen. Es sind Effekte aufgetreten, die man sich gesellschaftlich nicht unbedingt wünschen muss.

Gleichzeitig wollen wir aber auch nicht neue Geschäftsmodelle einschränken, das wurde hier auch angesprochen, indem wir die Regularien, die wir die letzten 50 Jahre hatten, jetzt einfach noch die nächsten 50 Jahre weiterschreiben. Müssen wir das dann sektoral jeden Markt einzeln klug regulieren? Müssen wir das zulassen? Was sind eigentlich die Stellschrauben, die wir haben? Denn gerade bei der Diskussion Taxi und Uber – Uber argumentiert, sie haben im jetzigen System eine sehr viel bessere Auslastung als Taxi. Gut, jetzt hat Taxi die vielleicht auch, weil die ebenfalls auf die Idee gekommen sind, sich mit einer App zu modernisieren. Aber ich frage mich jetzt als Politiker und als jemand, der dann auch nachdenken muss über Rahmenbedingungen für Märkte, kluge Rahmenbedingungen. Was sind da die Ansätze, die wir fahren müssen?

Der Vorsitzende: Das war die erste Fragerunde. Die Fragen von Kollegin Schwarzer beantworten, wenn ich das richtig gesehen habe, Prof. Haucap und Prof. Müller-Lietzkow, bitteschön.

SV Prof. Dr. Justus Haucap: Vielen Dank für die Frage, Frau Schwarzer. Ich will dazu gerne meine Einschätzung abgeben. Natürlich gibt es schon gewisse Formen der Digitalisierung im Handwerk, es gibt Plattformen wie z.B. MyHammer, die tendenziell dazu führen, dass der Wettbewerb unter den Handwerkern zunimmt. Das hat aber noch nicht das Ausmaß wie teilweise in anderen Branchen. Und das hängt sicherlich damit zusammenhängt, dass die Nachfragestruktur nach Handwerksleistungen sehr viel klumpiger ist, um das mal so auszudrücken. Es gibt eine Reihe von Privatpersonen, die Handwerker beauftragen, die sicherlich oftmals MyHammer nutzen. Aber es gibt auch viele Bauunternehmen, große Wohnungsverwaltungen, die eher über Ausschreibungswettbewerbe relativ stabile Beziehungen zu ihren Handwerkern pflegen. Da wäre mein Verdacht, dass die Digitalisierung noch gar nicht so stark greift, weil das auf der Nachfrageseite nicht so zersplitterte Märkte sind, wie wir das sonst beobachten, die dann diese Vorteile der Transaktionskostensparnis so groß werden lassen, wie wir das sonst im Fall von Uber und AirBNB beobachten. MyHammer wiederum ist aus wettbewerbsökonomischer Sicht eine schöne Sache, weil es dadurch für den



Verbraucher sehr viel komfortabler wird, Handwerkerleistungen zu vergleichen, und der Verbraucher auf Bewertungen zurückgreifen kann. Da stellt sich dann die Frage, ob die Anforderungen, die wir teilweise an die Handwerker stellen, noch zeitgemäß sind. Die Diskussion um Meisterbriefe usw. haben wir ja schon ewig. Wenn man aber sagt, es gibt jetzt für die Verbraucher möglicherweise auch ganz andere Indikatoren, herauszufinden, ob das ein guter oder ein schlechter Handwerker ist, dann stellt sich auch da, wahrscheinlich nicht kurzfristig, aber mittelfristig die Frage: Müssen oder können wir da die Rahmenbedingungen möglicherweise auch verändern, um den Markteintritt möglicherweise zu erleichtern. In der praktischen Tätigkeit, also das Zusammenschrauben oder die Arbeit als Klempner, da weiß ich nicht, was da so sehr viel digitaler werden kann, wenn der mir meine Toilettenschüssel repariert. Das scheint mir eine relativ feste Tätigkeit zu sein, bei der ich kein großes Digitalisierungspotenzial sehe. Beim Automechaniker ist das natürlich anders. Der muss sich ganz anders bilden als in der Vergangenheit.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Ich könnte natürlich jetzt nahtlos ansetzen und sagen, ich habe selbst eine solche Plattform mit Studierenden aufgebaut, die sich mit Photovoltaik und Gebäudesanierung beschäftigen. Das ist vielleicht der Anknüpfungspunkt. Ich glaube, dass Digitalisierung dort einsetzt, wo komplexe Tätigkeiten gebündelt werden können und dass das natürlich den handwerklichen Mittelstand absolut trifft und dass das auch real stattfindet. Das ist jetzt keine totale Neuerfindung. Ich würde die Frage aber gerne etwas anders beantworten, weil ich auch nach der Glas-kugel gefragt wurde. Man könnte auch von Palantir sprechen, aber dann wären wir beim Herrn der Ringe gelandet. Die Frage ist meiner Meinung nach durchaus nicht irrelevant. Ich habe das in meiner nicht ganz fertig gewordenen Stellungnahme als eher Hilflosigkeit dargestellt. Viele Gespräche mit Mittelständlern führen eigentlich immer dazu. Dann hält man bei ihnen Vorträge und zeigt ihnen die Möglichkeiten der Digitalisierung. Das muss nicht immer gleich so einen Schockeffekt haben. Man muss ja nicht gleich wieder sagen, dein Geschäft ist zu Ende. Dann sind die meisten sehr hilflos. Ich glaube, es fehlt vielfach einfach so etwas wie ein Schuhlöffel, um in das

Thema besser hinein zu kommen und besser damit umzugehen. Denn der Mittelstand sagt, wir haben nicht nur dieses Problem, sondern wir haben viele Probleme, zum Beispiel Nachfolgeprobleme in inhabergeführten mittelständischen Unternehmen. Oder wir haben das Problem, dass die Mittelständler überhaupt erstmal ihre Geschäftsmodelle neu definieren müssen, und so weiter. Das heißt, die sind an ganz anderen Stellen gefordert, und diese Digitalisierung ist für sie eins von vielen aktuellen Themen und Problemen, die sie versuchen zu lösen. Wie kann man helfen? Ich glaube, Politik hat hier Möglichkeiten der Gestaltung. Erstens, wie ich es schon einmal andeutete, dass man eben auch Sonderprogramme auflegt, was die Informationsbreite betrifft. Da kann man schon was tun. Das muss natürlich bis in die Kommunen heruntergebrochen werden. Das kann man wahrscheinlich nicht nur von der Bundesebene aus steuern. Das Zweite, was man auch sehen muss, ist, dass der Mittelstand an sich eigentlich gute Chancen hat. Er muss nur aufpassen und das ist so ein bisschen, wo ich Sorge habe, dass nicht große amerikanische Plattformanbieter einfach hingehen und unsere Strukturen hart attackieren, um es einmal vorsichtig formulieren. Es wäre ganz schlau, wenn es hier mehr Innovationsgeist gebe, Kollege Dobusch hat das auch eben gesagt, ein bisschen Mut. Mut wäre nicht nur gut von der Seite der Politik, Dinge zuzulassen, sondern Mut wäre da auch gut, ein bisschen mehr ins Risiko zu gehen. Kollege Tech hatte auch angedeutet, dass die Perspektive der Wissenschaft und der Startups hier gut zusammenpasst. Ich würde sagen, hier passen auch gut Mittelstand und Startups zusammen. Erstens werden die Startups meistens sehr schnell zunächst Mittelständler, die wenigsten werden gleich riesige Giganten. Ok, aus Nordamerika kennen wir einige. Aber die meisten werden Mittelständler, d.h. sie sind auf dem besten Wege dahin. Also hilft es da vielleicht auch, nicht nur die Verbandsvernetzung, sondern auch die Kooperationsvernetzung voranzutreiben. Und hier kann man dem Mittelstand nur raten zu lernen und gegenseitigen Austausch auch stattfinden zu lassen. Da ist vielleicht Politik gar nicht so sehr gefordert. Da braucht es vielleicht nur Impulse. Dann wird das auch meiner Meinung nach relativ gut funktionieren.



Der **Vorsitzende**: Die Fragen der Kollegin Wawzy-
niak gingen an Herrn Prof. Dobusch, bitteschön.

SV Prof. Dr. Leonhard Dobusch: Zu dieser allge-
meinen Einstiegsfrage, was man auch jenseits von
Digitalpolitik tun könnte oder was das für die Ar-
beitsplätze und für die Arbeitszeitregulierung
usw. eine Rolle spielen könnte, würde ich sagen:
Mein Hauptargument wäre wirklich, aus Schum-
peterscher Perspektive ist es so, dass der Wandel,
der mit digitalen Technologien einhergeht, nicht
nur digitale Sektoren betrifft. Das beobachten wir
ja schon. Es kommt zur Verschiebung von relati-
ven Preisen und das führt dazu, dass es teilweise
zu Umbrüchen kommt, obwohl man das dort gar
nicht unbedingt auf den ersten Blick mit digitaler
Technik in Verbindung bringt. Wie kann Politik
darauf reagieren? An digitalen Techniken selbst
und deren Nutzungen anzusetzen, kann die ganze
Thematik gar nicht einfangen. Wenn wir uns einig
sind, dass eigentlich mit neuen digitalen Techno-
logien Produktivitätsgewinne verbunden sind,
und dass hier durchaus so etwas wie eine digitale
Dividende vorhanden ist, dann ist die Frage, wie
wird die verteilt? Wie setze ich die ein, um die
gleichzeitigen digitalen Umbruchkosten abzufedern?
Da können zum Beispiel Modelle wie intel-
ligente Formen der Arbeitszeitverkürzung in Frage
kommen, in dem man sagt, ich unterstütze es,
Auszeiten zu nehmen. Ich komme aus Österreich.
Da gibt es ein sehr erfolgreiches Modell der Bil-
dungskarenz. In Österreich geht man in Karenz
und nicht in Elternzeit. Man kann aber auch in
Karenz gehen, wenn man kein Kind hat. Das wird
dort unterstützt. Das verkürzt jetzt nicht die Wo-
chenarbeitszeit, aber die Lebensarbeitszeit, das
schafft durch Umverteilung Flexibilität, um auch
sektoralen Wandel auf der Ebene der Individuen
zu bewältigen. Darauf habe ich mit meiner Stel-
lungnahme abgezielt. Das, was die Frage der pro-
duktivitätsorientierten Lohnentwicklung usw. be-
trifft, das wäre, glaube ich, etwas für einen ande-
ren Ausschuss. Die zweite Frage bezog sich auf
die Urhebersrichtlinie. Dazu könnte man eine ei-
gene Anhörung machen. Darüber wird ja schon
seit Jahren gestritten. Aber ich möchte nur auf den
Punkt mit den innovativen Unternehmen einge-
hen, und warum ich glaube, dass die wirklich von
der derzeitigen Rechtslage betroffen sind. Es wird
viel darüber diskutiert, bei uns mangle es an
Gründerkultur, bei uns mangle es an Mut usw.;

es mangelt aber teilweise auch daran, dass die
rechtlichen Rahmenbedingungen die Dinge
schwer machen. Eines der erfolgreichsten sozialen
Netzwerke der letzten Jahre ist Pinterest. Ich weiß
nicht, ob Ihnen das etwas sagt. Aber das ist eigent-
lich eine einzige Urheberrechtsverletzung. Pinte-
rest nimmt irgendwelche Bilder, die man ir-
gendwo findet und man repostet sie auf seiner
Seite. Das Urheberrecht sieht sowas nicht vor.
Gleichzeitig hat niemand etwas wirklich dagegen,
und gerade im Shopping-Bereich ist das sehr at-
traktiv. Das heißt, es wird toleriert, Gerichte fin-
den kreative Möglichkeiten, um etwas, was in
Deutschland und auf der ganzen Welt verwendet
wird, nicht zu verbieten. Aber in Deutschland er-
funden wäre das wohl eher nicht. Wenn man in
Deutschland mit einem solchen Geschäftsmodell
zum Venture-Capitalisten geht und der sagt, wie
soll das rechtlich funktionieren, dann ist die Ant-
wort: Puh, wir wissen es eigentlich nicht. Denn so
etwas wie fair use, das eine gewisse Innovati-
onsoffenheit zulässt, haben wir nicht. Zurück
kommend auf diese Urhebersrichtlinie kann ich
folgendes sagen. Die Vorschläge, die zumindest
von Seiten der Kommission auf dem Tisch liegen,
gehen in Richtung einer stärkeren Harmonisie-
rung. Eine solche stärkere Harmonisierung könnte
man kombinieren mit einer zumindest teilweisen
Öffnung eines sehr starren und inflexiblen
Schranken catalogs, der dann eben auch innovati-
ven Unternehmen erlauben würde, Dinge einfach
auszuprobieren. Wenn man dann feststellt, ok, das
wäre eine Gefahr für die herkömmliche Verwer-
tung von bestehenden Geschäftsmodellen, kann
man immer noch reagieren. So passiert das auch,
und warum sollte man das nicht auch in Europa
machen. Letzter Satz dazu: Ich glaube wirklich, es
wird unterschätzt, welcher Standortnachteil für
Europa und europäische Unternehmen darin be-
steht, dass wir diese fragmentierte Rechtslage im
Bereich des Datenschutzes und im Bereich des Ur-
heberrechts haben. Das wird wirklich in dem Aus-
maß unterschätzt, und das wird deshalb so unter-
schätzt, weil man die Innovationen, die nicht pas-
sieren, nicht sieht. Man sieht sie nicht. Das ist
wirklich ein Problem.

Der **Vorsitzende**: Vielen Dank. Die Fragen von
Lars Klingbeil gehen an Herrn Prof. Dobusch und
an Herrn Prof. Haucap.



SV Prof. Dr. Justus Haucap: Vielen Dank für die sehr gute Frage, ob wir irgendwo Frühwarnsysteme haben. Das ist mir nicht bekannt, aber vielleicht weiß Herr Dobusch mehr dazu. Aber, wenn ich richtig verstanden habe, war die Frage auch ein bisschen in die Richtung gestellt, wie sich die Arbeitsplatzverhältnisse ändern. Wo Arbeitsplätze entstehen und wo welche verloren gehen ist sehr schwierig zu prognostizieren, das hatten Sie schon gesagt. Aber wir sehen schon, dass Arbeitsverhältnisse in manchen Bereichen tendenziell weniger stabil werden und weniger langfristig, um das einmal so zu sagen. Da muss man aber auch wieder differenzieren, scheint mir. Denn ein Problem der Arbeitslosigkeit ist bei vielen, dass sie nicht sehr kurz ist, sondern häufig länger andauert. Man könnte sagen, Arbeitsmärkte sind sehr stark dadurch gekennzeichnet, dass es auf beiden Seiten so etwas wie Suchkosten gibt. Als Arbeitnehmer ist das nicht trivial, einen guten Arbeitgeber zu finden, und als Arbeitgeber ist es auch nicht trivial, einen guten Arbeitnehmer zu finden. Deswegen sagen wir, es ist gut, wenn es letztendlich ein stabiles Arbeitsverhältnis ist. Stabile Arbeitsverhältnisse haben den Vorteil, dass man auch bereit ist, sowohl als Arbeitgeber als auch als Arbeitnehmer, gegenseitig in dieses Verhältnis zu investieren. Anders ist es, wenn jemand weiß, dass das Arbeitsverhältnis morgen beendet wird. Das gilt insbesondere für qualifizierte Tätigkeiten. Je stärker die Tätigkeiten standardisiert sind, können wir sagen, desto unwichtiger ist es eigentlich, dass man da investiert, und dann sind auch die Suchkosten nicht so hoch. Wir können sagen, traditionell kannten wir das schon vom Hamburger Hafen, wenn der Bananendampfer anlegt. Dann gab es gar keine Arbeitsverhältnisse, die Arbeiter wurden auf Stundebasis angeheuert, und am nächsten Tag haben die bei jemand ganz anderem den Dampfer entladen. So sehen wir das auch heute ein bisschen. Bei sehr standardisierten Verhältnissen müssen wir uns wahrscheinlich daran gewöhnen, dass es sehr viel flexibler wird. Das sehen wir teilweise auch schon über die Leiharbeit, die primär auch sehr standardisierte Tätigkeiten betrifft. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, auf die ich noch keine richtig gute Antwort habe. Ist das automatisch schlecht? Das schlechte daran war ja bisher, man findet nicht so schnell etwas Neues. Aber wenn man sagt, man findet immer wieder sofort etwas Neues, dann ist es vielleicht gar nicht

so tragisch, vorausgesetzt, das funktioniert auch relativ reibungslos. Vielleicht empfinden die Leute das dann gar nicht als so tragisch. Vielleicht ist ein Wechsel nicht notwendigerweise etwas Schlechtes. Aber das ist schwer zu sagen, schwer tatsächlich von hier zu beurteilen. Ich will das aber als Anregung abgeben.

SV Prof. Dr. Leonhard Dobusch: Ich will nur kurz zu der Frage hinsichtlich der Frühwarnsysteme ergänzen. Ehrlich gesagt, das wäre schon ein Schritt in die Richtung, wenn man, so nachhollend, evidence based policy betreiben würde. Selbst dafür bräuchte man ein wirklich gutes Fundament von interessenunabhängig erstellter empirischer Forschung. In meiner Stellungnahme habe ich, in Fußnoten versteckt, auf die Situation in Großbritannien verwiesen, wo ich zum Beispiel gerade in dem Bereich der Urheberrechtsregulierung selbst forschend tätig bin. Dort gibt es, von der öffentlichen Hand finanziert, das derzeit größte Research-Center zum Thema Copyright, das Create Centre in Glasgow. Das ist ein Zusammenschluss von zahlreichen Universitäten, die dort unabhängig von irgendwelchen Interessen, egal welcher Interessensgruppe, und die sind zahlreich in diesem Feld, wirklich empirisch Urheberrechtsforschung betreiben. In Deutschland wird es besser. Ich habe den Eindruck, die letzten Calls des BMBF, die ich auch verfolge, die gehen da schon in die richtige Richtung. Es gibt gerade einen offenen Call zur digitalen Arbeit. Ich würde nicht sagen, dass da nichts passiert. Aber ganz allgemein habe ich den Eindruck, dass evidence based policy in Deutschland unterentwickelt ist, verglichen zum Beispiel mit dem, was da in Großbritannien passiert.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Die Fragen von Herrn Janecek beantworten bitte Herr Tech und Prof. Haucap.

SV Robin P. G. Tech: Ich fange bei der Frage der Übertragung von verschiedenen Denkweisen und Ansätzen aus dem Valley nach Deutschland an. Insbesondere geht es um die Professionalisierung und Skalierung von Unternehmen. Das sehe ich auf jeden Fall. Manch einer behauptet, dass gerade das Skalierungspotenzial definitionsgebunden an Startup-Unternehmen ist und alles andere halt nur eine ganz normale Existenzgründung.



Aber das steht auf einer anderen Seite. Was ich auf jeden Fall in Deutschland beobachtet ist, dass es eine sehr starke Professionalisierung von Unternehmensgründungen gibt, damit natürlich auch der Startup-Szene. Das hängt einerseits meiner Meinung nach mit einem Ausbau der Gründungsdienste an den Universitäten zusammen. Wir haben hier in Berlin die TU Berlin, die da sehr aktiv ist. Ich glaube, der deutsche Vorreiter wäre dann auf jeden Fall die UnternehmerTUM an der TU München und die RWTH Aachen. Das führt auch dazu, dass sich verstärkt Netzwerke ausbilden, auch das ist ein Zeichen von Professionalisierung der deutschen Startup-Szene. Die Netzwerke sind einerseits natürlich stark an Universitäten gebunden, wenn Unternehmer aus dem Kontext heraus geboren wurden, aber auch Accelerator-Programme in Deutschland und insbesondere Company-Builders haben hier großes Potenzial, um diese Netzwerke zu schaffen. Auf Rocket kann man viel schimpfen, aber nichtsdestotrotz haben wir gerade in Berlin hier wohl eines der stärksten Startup-Gründernetzwerke. Die kennen sich untereinander, helfen sich untereinander. Professioneller geht es fast nicht mehr. Die können auf jeden Fall mit dem Silicon Valley mithalten. Damit verbunden entwickelt sich auch eine immer stärkere Business Angel Szene, und zwar eine Business Angel Szene nicht im Sinne von privaten Kreditgebern, sondern wirklich Business Angels, die Ahnung davon haben, wie ein Startup funktioniert. Das hängt natürlich damit zusammen, dass es inzwischen bereits gewisse Exits gab, d.h., dass Startup-Gründer Geld verdient haben und das wiederum in andere Startups investieren. Das ist natürlich sehr positiv und ein weiteres Zeichen der Professionalisierung. Zusätzlich haben wir auch eine Steigerung der Attraktivität des deutschen und insbesondere Berliner Standortes für Venture Capital Unternehmen. Das hängt auch wieder mit Startups zusammen, die eine internationale Reputation haben und damit auch internationale Venture Capital-Geber auf uns aufmerksam werden hier. Nichtsdestotrotz gibt es trotzdem weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere im Bereich der Wachstumsfinanzierung. Das unterscheidet uns in jedem Fall vom Silicon Valley und von großen Teilen der Vereinigten Staaten und auch von Großbritannien. Hier besteht ganz sicher Handlungsbedarf. Die Börse Stuttgart hat

gerade Überlegungen eines Vorparketts, was wahrscheinlich zu begrüßen wäre. Andererseits muss man aber auch darauf hinweisen, dass es differenzierte Finanzierungsmöglichkeiten und Angebote gibt. Die IBB beispielsweise hat Angebote, die nicht unbedingt auf das Skalierungspotenzial abzielen, das ein bei Venture Capital-Unternehmen braucht, sondern auch Startup-Unternehmen hilft, die beispielsweise an den Mittelstand herantreten oder sich zum Mittelstand entwickeln möchten. Dann ging es um die Alleinstellungsmerkmale. Da glaube ich auf jeden Fall, dass auch die deutschen starken Industrien von Produktionsanlagen, Anlagenbau und Automatisierung große Potenziale haben, aber auch der Gesundheitssektor. Hier gibt es Phänomene, die wir in den USA beobachten, von Quantified Self bis zu Personal Lives Attrition. Es gibt deutsche Unternehmen, die da sehr gut aufgestellt wären, um diese zukünftige Entwicklung wahrzunehmen und die wirtschaftlichen Potenziale auch zu realisieren. Lernende Maschinen und KI sind auf jeden Fall Punkte, die ich sehe, und damit die DFKI und auch die Uni des Saarlandes, die ja dort enorm stark sind. Wenn man hier noch weitere Gründungstätigkeit fördern würde, wäre das sicher zukunftssträftig. Multimodaler Verkehr und Elektromobilität sind meiner Meinung nach ebenfalls Bereiche, in denen es Potenzial für Alleinstellungsmerkmale gibt. Google ist da zwar bereits sehr aktiv, auch UberX fährt ganz vorne mit. Aber ich glaube, dass wir noch die Chance haben, hier einen Unterschied zu machen. Und abschließend, im Bereich der erneuerbaren Energien und Stromversorgung sehe ich weiterhin großes Potenzial. Auch da haben wir sowohl im deutschen Mittelstand als auch bei deutschen Konzernen und auch bei deutschen Startup-Unternehmen durchaus Aktivität. Und die zusammenzuführen, das würde uns sicher sehr helfen. Das sehen wir beispielsweise bei Schneider Electric, das ist ein französisches Unternehmen, das mit InnoZ (Innovationszentrum für Mobilität und gesellschaftlichen Wandel GmbH), einem deutschen Unternehmen, zu modularen Microsmart Grids ein Joint Venture Startup gegründet hat. Also, mehr State of the Art geht fast nicht mehr. Im Bereich der Energieeffizienz, das war die letzte Frage, das hatte ich auch geschrieben, sehe ich Potenziale durch IOT und Industrie 4.0, der Datenerfassung. Nur als Stichwort nennen möchte ich die „triple-bottom-



line-Erfassung“, die Datenerhebung im Sinne einer ökonomischen, ökologischen, aber auch sozialen Nachhaltigkeit wird hier einfacher und das erste Mal auch effizient möglich.

SV Prof. Dr. Justus Haucap: Ich hatte mir als Stichworte aufgeschrieben: AirBnB, Uber, Regulierungsbedarf und Ressourcen sparen, das ist diese Sharing Economy. Das ist natürlich richtig, die ermöglicht prinzipiell das Sparen von Ressourcen. Es macht keinen tieferen Sinn, dass man Leute nicht im Auto mitnimmt oder dass man sein Gästezimmer leer stehen lässt. Wenn die Ressourcen genutzt werden können, dann hat das natürlich zunächst ökonomische Vorteile. Denn die eingesparten Ressourcen werden für andere Dinge eingesetzt. Jetzt stellt sich natürlich die Frage: Welcher Regulierungsbedarf entsteht da? Ich würde ganz grob dafür plädieren, dass man versucht, mit einer Daumenregel gewisse Schwellen zu definieren. Ab einem bestimmten Betrag nehmen wir an, dass es sich um eine private Tätigkeit handelt, die keinen gewerblichen Charakter hat. Also nach dem Umsatzsteuerrecht, sagen wir einmal, unter einem Einkommen von 17.500 Euro im Jahr verzichten wir auf die Umsatzsteuer, und danach ist man eben automatisch umsatzsteuerpflichtig. Ob das jetzt die richtige Grenze ist, weiß ich nicht. Aber man könnte mit ähnlichen Faustgrößen operieren und sagen, wenn das Vermieten des eigenen Gästezimmers oder der Nachbarwohnung ein bestimmtes Volumen übersteigt, dann gehen wir davon aus, dass es jetzt gewerblich ist. Damit haben wir Regeln, die die Zweckentfremdung von Wohnungen untersagt. Der Berliner Senat ist, wenn ich es richtig verstehe, jetzt auch wesentlich aktiver in dem Versuch, eine Regelung durchzusetzen. Eigentlich erleichtert dann die Buchung über elektronische Plattformen die Durchsetzung dieser Regeln. Gerade im Gastronomiebereich und im Taxigewerbe ist es ja kein Geheimnis, dass die Schwarzarbeit dort blüht. Laut der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Zoll ist Steuerrückziehung auch ein Thema. Es wird ja tendenziell einfacher, je weniger Bargeld fließt und je eher das alles elektronisch verbucht wird. Also von daher ist darin auch eine Chance zu sehen. Im Bereich des Taxigewerbes ist es, glaube ich, wichtig, dass man die Digitalisierung nicht für alles Mögliche verantwortlich macht. Wenn man sich überlegt, warum es den Taxifahrern eigentlich so

schlecht geht, dann ist es so, dass in vielen Städten Deutschlands, in Berlin und Hamburg nun nicht, die Anzahl der Lizenzen begrenzt ist und es aber sehr viele Leute gibt, die aus unterschiedlichen Gründen Taxifahrer werden wollen. Die Konkurrenz auf einen Arbeitsplatz ist sehr groß, da auf jeder Lizenz, sagen wir mal, maximal drei Taxifahrer fahren können. Das heißt also, die Taxifahrer konkurrieren sehr intensiv um die wenigen Arbeitsplätze. Daher ist es nicht verblüffend, sondern wird bereits von der Logik des Marktes suggeriert, dass die Taxifahrer sehr schlecht bezahlt werden. Da hilft es auch gar nicht, die Taxigebühren zu erhöhen, weil dann konkurrieren immer noch so viele Leute um die wenigen Lizenzen. Deswegen werden fünfstelligen Summen für die Taxilizenzen gezahlt, die alle bei den Taxiunternehmen, den Funkzentralen usw. hängen bleiben. Da ist es dann wiederum vielleicht von Vorteil, wenn wir mehr Wettbewerb bei den verschiedenen Plattformen haben, bei denen die Taxifahrer sich anmelden können. Die nehmen nämlich sehr unterschiedliche prozentuale Beteiligungen. In vielen Städten Deutschlands haben wir da ein riesiges Problem, da es nur eine Zentrale gibt, die dann die Taxiunternehmen und Taxifahrer ziemlich ausbeutet. Da wäre mehr Wettbewerb in dem Markt ganz gut.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Kommen wir zur offenen Runde. Da habe ich als erster meinen Namen auf die Liste setzen lassen. Ich habe eine Frage an den VDMA, an Herrn Kawlath. Mich interessiert beim Stichpunkt Industrie 4.0 oder Mittelstand 4.0, je nachdem, wie man es definiert, folgendes: Wie ist das mit der Standardsetzung? Welche Standards müssen Ihrer Meinung nach implementiert werden oder brauchen wir gar keine neuen Standards? Wie sieht es aus, wenn Standards gebraucht werden? Wer soll diese letztendlich einführen und definieren? Und ist die Standardsetzung über unsere geliebte DIN noch zeitgemäß, oder dauert das letztendlich zu lange? Verschlafen oder verpassen wir dann den Zug? Sind denn aus Ihrer Sicht Mittelstand und Industrie oder industrieller Mittelstand bereit für die radikalen Umbrüche, die ja auch gefordert werden, die wir auch angehen müssen? Oder sind Industrie und Mittelstand zu satt und zufrieden, um das wirklich anzugehen und machen jetzt erstmal so weiter, wie es funktioniert? Aber ich glaube, da



sind eben doch radikale Denkansätze gefragt. Wie ist die Sichtweise Ihres Verbandes, wie sind Sie darauf vorbereitet?

SV Bertram Kawlath: Vielen Dank. Ich bin heute schon zweimal gefragt worden, was der VDMA ist. Das zeigt vielleicht ein bisschen, wie weit die Digitalisierung gedanklich vom Maschinenbau weg ist. Wir sind der größte Industrieverband in Europa. Unsere Mitglieder haben im letzten Jahr 212 Mrd. Euro umgesetzt und davon fast 80 Prozent exportiert. Sie können also einfach an Exportüberschüsse denken, dann wissen Sie, was der VDMA ist. Wir sind keineswegs satt und zufrieden. Ich sehe vielleicht satt aus, aber zufrieden bin ich damit nicht. Wenn wir satt und zufrieden wären, dann wären wir nicht, wie wir das häufig sind, hidden champions in unseren Nischen. Da ist mir das Bild, was gezeichnet wird, manchmal ein bisschen zu altbacken, Wir müssen auch nicht mit dem Schuhlöffel hineingeholfen bekommen, sondern in der Regel betreiben wir Digitalisierung. Nur oft weiß der Mittelständler nicht, dass er das schon tut. Ich gebe Ihnen vielleicht mal ein Beispiel aus meinem Unternehmen, einer Gießerei. Kein Mensch denkt, dass man Gießereiprodukte digitalisieren kann. Allerdings begleite ich den gesamten Fertigungsprozess digital, von 3D-Druck für die Herstellung einer Form, von Simulation des Gießprozesses später, bis hin zu digitalisiertem Röntgen und 3D-Messung. Dieser Prozess geht vorwärts und rückwärts und ermöglicht mir, auf einmal in Losgröße 1 zu fahren. Denn in der heutigen internationalen Fertigung sieht eine Maschine für China ein bisschen anders aus als eine Maschine für Australien. Wenn ich das heute bieten kann, habe ich eine digitalisierte Gießereifertigung. Viele tun das. Allerdings, wenn sie einen Mittelständler fragen, ob er schon Industrie 4.0 betreibt, wird so mancher sagen: Nein, mache ich nicht. Wenn Sie aber dann danach fragen, was für Anlagen er hat, stellt sich heraus, dass er das doch schon längst tut. Das ist vielleicht ein Thema. Sie fragten außerdem nach den Standards dieser Kommunikation. Dazu ein anderes Beispiel aus meinen Regelventilen. Das sind elektronisch gesteuerte Regelventile für Dampf, für Gas, für Medienströme allgemein. Die kommunizieren heute per IPv6 mit dem Kunden. Der loggt sich in sein Netzwerk ein und kann heute vom Schreibtisch aus ablesen, welche Daten dieses Ventil hat: welche

Zyklen ist es gelaufen, wie oft hat das Ventil auf- und zugemacht, welchen Druck hat es ausgehalten. Er kann dann ableiten, wann das Ventil zu warten oder auszubauen ist. Früher musste man dazu nach oben auf die Leiter, hat sich an der Dampfleitung verbrannt und sich den Kopf angehaue. Wenn diese IPv6-WLAN-Verbindung, die wir haben, mit Anlagen kommunizieren soll, die beispielsweise in einer Brauerei automatisch Drücke abfordern, ist dazu ein Kommunikationsprotokoll erforderlich. Es gibt zwar bestimmte übergeordnete Kommunikationsprotokolle, die müssen aber wie vorhin erwähnt implementiert werden. Da habe ich einfach Sorge, dass die hierfür benötigten Standards und ihre Übertragung auf den einzelnen Mittelständler von wenigen großen Herstellern beherrscht werden. Sie, Herr Prof. Haucap, hatten das Thema Monopolisierung angesprochen. Dazu sehe ich schon Regulierungsbedarf dahingehend, dass man das den ganz Großen ein bisschen aus der Hand nimmt. Die hierfür geeignete Norm ist sicherlich nicht die DIN. Ich kann zwar bei Metallen heute bis auf Amerika fast die ganze Welt mit einer DIN-Norm beliefern, aber bei diesen Themen ist es doch wichtig, dass wir zumindest in Europa einheitliche Normen für solche Kommunikationsstandards finden können und dann auf dieser europäischen Basis versuchen, genügend kritische Masse zu erzeugen, um in die ganze Welt exportieren zu können. Wenn man das noch mit einem großen Partner, wie den USA und seinem Maschinenbau macht, noch besser. Aber erstmal in Europa anfangen. Denn an dem deutschen Normwesen wird die Welt nicht mehr froh und soll es vielleicht auch nicht.

Der Vorsitzende: Als nächstes hat das Wort der Kollege Thomas Jarzombek.

Abg. Thomas Jarzombek (CDU/CSU): Also, Herr Kawlath, Sie haben mich jetzt erstmal beruhigt und begeistert mit dem, was Sie da unter dem Strich sagen. Denn man hat manchmal schon das Gefühl, dass momentan in der konjunkturellen Lage mit der gut laufenden Wirtschaft doch der ein oder andere ganz zufrieden mit seiner Situation und nicht bereit ist, sich und seine Geschäftsmodelle zu zerstören, um neue aufzubauen. Dabei ist es das, was meines Erachtens nach erforderlich ist. Aber da ist auch, glaube ich, Konsens in der



Runde. Ich darf eine Vorbemerkung insgesamt machen. Ich finde das alles sehr interessant, was wir heute hören und ich stimme auch vielem zu. Aber die Bandbreite von Startups über die Frage von Plattformwettbewerb bis hin zu AirBnB und der Risikobereitschaft im Anlagenbau, ist doch ziemlich groß. Vielleicht sollten wir in der Zukunft, das müssen wir nochmal besprechen, die Themen stärker wieder eingrenzen. Share Economy oder sowas, das war ja eine Ausgangsposition. Ich habe jetzt auch nicht jemandem hier einen Vorwurf gemacht, sondern eine Lernkurve beschrieben. Meine Frage an die Professoren Müller-Lietzkow und Haucap ist die: Ergibt es Sinn, über das Thema Plattformen zu reden? Wir sehen momentan etwa in der Automobilbranche, dass viele eigene Plattformen bauen und sagen, wir machen die digitale Plattform der Zukunft, und jetzt kann man Apps entwickeln für den Hersteller A und den Hersteller B. Ist das ein zukunftsgerichtetes Modell? Oder ist es aus Ihrer Sicht nicht wichtig, darauf zu achten, dass unternehmensübergreifende Plattformen geschaffen werden? Wie könnte man die Entwicklung von unternehmensübergreifenden Plattformen erreichen? Ist da staatliche Intervention erforderlich oder schaffen die Hersteller es aus eigener Kraft, sich zu verbünden und gemeinsame Plattformen zu bauen, die Google und Apple die Stirn bieten können?

Der Vorsitzende: Bitte schön, gleich zur Beantwortung.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Die Frage von Thomas Jarzombek muss man aus zwei Perspektiven sehen. Das eine ist die Perspektive, was ist für uns wünschenswert, als Bürgerinnen und Bürger und auch für den Staat. Das kann natürlich nur sein, dass wir da einen common sense haben. Wir haben eben schon den Begriff lock-in, dass jeder hier seine eigene kleine Lösung entwickelt. Zum Kontext des Themas digitale Straße gehören nicht nur die Themen digitales Auto und autonomes Fahren. Insofern kann man eigentlich nur wünschen, dass nicht jeder eine App bastelt und sagt, wir machen das jetzt mal, sondern dass man über offene Standards diskutiert, offene Schnittstellen schafft und dass man das auch bitteschön den Herstellern klarmacht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es im Sinne eines gemeinschaftlichen Autofahrens ist, wenn dann jeder womöglich

noch seine eigenen Funkstandards entwickelt oder Chips, die eben bestimmte Daten nicht liefern. Es gibt ja alle diese lustigen Ansätze. Das kann es nicht sein. Aus Sicht der Hersteller ist der angesprochene lock-in-Effekt natürlich viel spannender. Aber das kann nicht die Zukunft sein, für die wir unseren Fahrzeugherstellern einen Rat geben sollen. Kleine Ergänzung dazu: Da geht es nicht nur um die knallharte Währung Geld gegen Ware, sondern da geht es um eine ganz andere Frage. Die hatte Thomas Jarzombek gerade ganz gut verpackt. Das hat was mit Informationsökonomie zu tun. Wir haben heute bisher über Regulierung gesprochen, über Sharing Economy, wo reales Geld fließt. Ich greife das nochmal ein bisschen auf. Da geht es um datenbasierte Geschäftsmodelle, die in eine ganz andere Richtung greifen. Die Frage ist nämlich: Welche Leistung erhalten wir für die Preisgabe welcher Daten? An der Stelle müssten wir vielleicht nochmal etwas tiefer diskutieren. Wenn ein gemeinsamer Datenpool gebaut wird, kann es durch Anonymisierungsprozesse, die natürlich regulatorisch sicher gestellt sein müssen, dazu führen, dass wir auch sicherere Verkehrssysteme haben. Also für die Gesellschaft muss man das eigentlich geradezu fordern. Gleichzeitig, denke ich, dass das auch für die Automobilhersteller ein großer Vorteil wäre, wenn sie die Daten nutzen. Dann kann man über Open Data-Modelle für Schienenmodelle nachdenken, um bessere Wagen bauen zu können, da sie sich einfach an bestimmte Dinge anpassen können. Wir wissen aus den Big Data-Ansätzen heraus, dass wir da explizite Erkenntnisse herausziehen können, die wiederum dazu führen, dass sie die Produkte verbessern. Das gilt nicht nur für die Automobilindustrie, sondern für die Maschinenbauer genauso. Wir haben in Ostwestfalen Lippe den it's-OWL-Cluster, den im Moment größten Industrie 4.0 Cluster in Deutschland. Auch in Ostwestfalen gibt es also was richtig Großes mit 100 Mio. Investitionsvolumen. Da sind die ganzen Maschinenbauer drin. Und genau weil die die Informationen teilen, poolen und bündeln, nur deshalb funktioniert das. Das ist, glaube ich, eine ganz große Sache, ohne dass die Unternehmen ihre Identität aufgeben. Deshalb, ich würde Open Data-Ansätze deutlich unterstreichen und an der Stelle dringend empfehlen, auch die Fahrzeughersteller zu motivieren, keine individuelle Lösung anzustreben.



SV Prof. Dr. Justus Haucap: Ich will das noch ergänzen. Das ist beileibe keine triviale, sondern tatsächlich eine total schwierige Frage. Es ist nämlich es ex ante sehr schwer zu beurteilen, ob ein Wettbewerb der Standards besser ist oder die Etablierung auf einen Standard. Wir sind jetzt in der Automobilwirtschaft in der relativ komfortablen Situation, dass wir nicht nur ein, zwei oder drei Anbieter haben, sondern relativ viele Anbieter, zumindest wenn man das mal weltweit betrachtet. Von daher macht es offensichtlich Sinn, dass vielleicht nicht von Anfang an 16 Standards miteinander konkurrieren, sondern eine gewisse beschränkte Anzahl von Standards. Wenn man aber gleich von Anfang an sagt, versuchen wir mal den weltweiten Standard zu definieren, dann verschenkt man sich möglicherweise diese Vorteile, die auch der Wettbewerb verschiedener Standards miteinander haben kann. Das Kartellrecht gibt es ja her, dass man für Standardisierungsfragen durchaus viel stärker kooperieren darf, als man das sonst tun darf. Von daher sehe ich da keine Hinderungsgründe. Aber ich kann jetzt nicht die definitive Antwort geben, wie gut das ist, ob wir drei Standards haben sollten oder zwei besser wären, oder in Deutschland nur einen, der dann gegen andere Standards tatsächlich konkurriert. Das ist sozusagen dem staatlichen Interventionsbedarf überlassen, das zu begründen. Es ist durchaus nicht trivial, einen Standard festzulegen und damit zu behaupten, wir wüssten am besten, was gut für alle ist. Auf dem Markt haben wir häufig im Mobilfunk und auch in anderen Bereichen gesehen, dass offene Standards gegen geschlossene Standards konkurrieren und sich dann oft die offenen Standards auch durchsetzen. Aber eben nicht immer. Apple beispielsweise ist auch sehr erfolgreich mit geschlossenen Systemen. Von daher wäre das jetzt ein Blick in die Glaskugel. Da kann ich nur sagen, was man gegeneinander abwägen muss, aber nicht, was unter dem Strich nachher als Anzahl der Standards steht, die wir heute schon bestimmen können.

Der Vorsitzende: Kollege Nick hat das Wort, bitte.

Abg. Dr. Andreas Nick (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich vorrangig an Professor Haucap und vielleicht am Rande auch an Professor Müller Lietzkow, insbesondere an den Wettbewerbsrechtler. Ich glaube,

eine der wesentlichen ökonomischen Veränderungen der Digitalisierung ist, dass sie die Transaktionskostenstruktur dramatisch verändert. Über Transaktionskosten erklären wir seit rolled cost warum es Unternehmen und Märkte gibt und warum die Grenze zwischen Unternehmenskoordination und Marktkoordination an einer bestimmten Stelle läuft. Ich glaube, das wird zurzeit dramatisch herumgewirbelt, mit Anpassungsprozessen, die nicht von geringer Komplexität sind. Dahinter steckt eben auch die Verschiebung von einer produktionsorientierten Ökonomie zu einer, die sehr viel mehr kunden- und serviceorientiert ist. Da habe ich dann so ein bisschen gezuckt bei der einen oder anderen Aussage von Herrn Kawlath. Hoffentlich sind wir dann auch mit einem doch sehr stark produktionsorientiertem Mittelstand auch in der Lage, diesen Weg auch richtig mitzugehen. Denn wenn die Wertschöpfung und die Marktmacht sich auf diese Plattformen und diese Kundentransaktionen beziehen, besteht die Gefahr, dass die Produktion am Ende vielleicht nur noch ein nachgelagerter, outgesourcter und leicht austauschbarer Zulieferant wird. Da geht es mir auch um die Frage, wie sich diese Plattformen entwickeln und welche natürliche Dynamik da möglicherweise drin steckt. Um mal ein anderes Beispiel als die amerikanischen zu nennen: Wir haben uns jetzt in Japan auf der Delegationsreise das Unternehmen Rakuten angeschaut, das, so glaube ich, sehr typisch für diesen Entwicklungsprozess ist. Plattform und Traffic werden bereitgestellt und dann kann ich eigentlich fast jedes Produkt daran andocken. Da ist schon meine Frage, haben solche Plattformen möglicherweise auch über Netzwerkeffekte eine Tendenz, zum natürlichen Monopol zu werden, und wie gehen wir damit wettbewerbsrechtlich um? Auf der anderen Seite beobachte ich auch, dass in diesem Umbruchprozess von Unternehmensstrukturen sich insbesondere solche Branchen und Industrien als besonders angreifbar erweisen, die sich bisher hinter einem mehr oder weniger regulierten Schutzzaun bewegt haben. Denn dort können der Veränderungsdruck und die Monopolrente sehr groß sein. Wo wir uns eben auch als Politik sehr schnell einem Druck ausgesetzt sehen, doch diese Schutzzäune möglichst zu erhalten oder noch etwas zu erhöhen, damit die Innovation woanders stattfindet, aber nicht bei uns. Wie können wir in



diesem Spannungsverhältnis mit Wettbewerbspolitik versuchen, das Thema in die richtige Richtung zu lenken, auf der einen Seite diese Abwehrkräfte zu hemmen, auf der anderen Seite eben auch das Entstehen neuer Monopole mit entsprechend schädlichen Wirkungen zu verhindern?

SV Prof. Dr. Justus Haucap: Auch diese Frage ist nicht unkompliziert. Wir sehen bei manchen Plattformen in der Tat hohe Konzentrationstendenzen. Und da stellt sich in der Tat die Frage, ob die etwas Ähnliches sind wie natürliche Monopole. Bei natürlichen Monopolen haben wir aus der volkswirtschaftlichen Perspektive das Problem, dass wir da eigentlich in gewisser Weise gar keinen Wettbewerb wollen. Wir wollen ja nicht zwei Wasserleitungen am Haus haben, sondern nur eine, weil wir sagen, alles andere wäre ineffizient. Die beste Koordination eines Marktplatzes ist, wenn möglichst viel Liquidität auf einem Marktplatz generiert wird, möglichst viele Transaktionen stattfinden. Das ist im Grunde genommen nichts anderes als eine Börse. Dann ist es nicht unbedingt effizienter, dies in viele kleine Börsen zu zerlegen, auch nicht für die Nutzer dieser Börsen. Jetzt ist eigentlich ein Vorteil, den wir im Internet haben, dass die traditionellen natürlichen Monopole häufig deswegen natürliche Monopole sind, weil das sehr kapitalintensive Geschäfte mit sehr geringen variablen Kosten sind. Das ist bei den natürlichen Internetmonopolen ein bisschen anders, weil dort im Prinzip die Daten der Rohstoff sind, den die haben. Den kann man wesentlich einfacher als Kapital teilen, weil die Daten, die ich nutze, kann auch noch jemand anders nutzen, ohne dass sie deswegen weg oder in irgendeiner Weise belegt sind. Das heißt, hier kommen wir dann auf das Spannungsfeld, das ich schon angesprochen habe. Hier müssen Datenschutzrecht und Kartellrecht in einen Ausgleich gebracht werden, zumindest wenn der Vorteil darin besteht, auch individualisierte Daten zu haben, die ich nicht ohne weiteres anonymisiert weitergeben kann. Das ist ein Spannungsverhältnis, was dann ultimativ auch nur die Politik auflösen kann, in dem sie sagt, was genießt höhere Priorität: das Recht an den individuellen Daten oder die Vorzüge des Wettbewerbs? Wie schätzen wir das ein? Das Kartellrecht fragt immer nach dem Anpassungsbedarf. Hier besteht aus meiner Sicht

sogar eigentlich einen relativ geringen Anpassungsbedarf. Das Schöne am Kartellrecht ist ja, dass es sehr allgemein formuliert ist. Da muss man eigentlich nur in gewisser Weise über die Interpretation des Rechts nachdenken. Das ist zum Beispiel im Telekommunikationsrecht eher problematisch, weil das sehr spezielles Recht und haargenau definiert ist, was beispielsweise ein Anbieter elektronischer Kommunikationsdienstleistung ist. Diese Definition stimmt in anderem Zusammenhang vielleicht nicht mehr, während wir im Kartellrecht allgemein von so etwas wie Missbrauch sprechen. Es gibt vielleicht neue Arten des Missbrauchs, wie die Exklusivitätsvereinbarungen. Diese müssen erfasst werden, aber dafür ist das Kartellrecht gut geeignet. Auf den Plattformmärkten gibt es insbesondere dann Wettbewerb, wenn man das sogenannte Multi Homing, so nennen das die Ökonomen, erlaubt. Das bedeutet, dass der Plattformnutzer parallel mehrere verschiedene Plattformen tatsächlich nutzen darf. Wenn ich beispielsweise als Taxifahrer mich bei lauter verschiedenen Applikationen anmelden darf, dann werden wir Wettbewerb haben. Anders sieht es aus, wenn ein marktstarker Plattformbetreiber auf Exklusivitätsvereinbarungen besteht nach dem Modell: wenn du dich hier anmeldest, dann darfst du dich nicht mehr woanders anmelden. Dann muss das Kartellrecht scharf angewendet werden und bestimmen, dass solche Arten von Vereinbarungen tendieren typischerweise dazu, den Wettbewerb zu torpedieren, zumindest dann, wenn die Plattformbetreiber einen bestimmten Marktanteil erreichen. Aber das kann das Kartellrecht auch leisten.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Ich ergänze das, weil du hast ja eben auch schon ergänzt. Ich ergänze das mal, ohne dass ich das nochmal wiederhole. Ich habe es in meinem Eingangsstatement nicht ohne Grund gesagt, und ich weiß, dass man es sagen kann, das ist nur eine akademische Betrachtungsweise. Aber uns fehlt Theorie. Die Transaktionskostentheorie, Coase und Williamson sind die beiden Hauptvertreter dieser theoretischen Richtung, basierte auf der Informationsasymmetrie von nicht vorhandenen Informationen. Die heutige Welt ist nicht mehr das Problem der nicht vorhandenen Informationen, sondern es ist der Informationsüberfluss, der gebändigt werden muss und mit dem man umzugehen lernen muss.



Das ist natürlich eine ganz andere Fragenstellung. Das habe ich ja gesagt. Die Theorie greift im Zweifel nicht mehr so richtig. Eben haben wir von der Tendenz zum natürlichen Monopol gehört; meiner Einschätzung nach ist das so, dass das natürliche Monopol daraus erwächst, dass einer diese Informationen am besten aufbereitet, sodass jeder andere, also die Konsumenten, diese Aufbereitung nutzen wollen. Nehmen wir Amazon als Beispiel, ich finde das wirklich am plastischsten: Es gibt viele andere Versandhändler und viele kämpfen am Markt, aber Amazon hat irgendwie dieses natürliche Monopol, das größte Kaufhaus der Welt geworden zu sein. Warum? Weil dort die Informationsaufbereitung plus die Nutzung von Nutzerinformationen, also das, was wir als Informationsökonomie definieren, am besten funktioniert, weil die Menschen diese Komplexität dort noch beherrschen können. Im Umkehrschluss, wenn wir Wettbewerb erhalten wollen, dann müsste man theoretisch dahinkommen, dass diese Informationsaufbereitung in einem fairen Austausch basiert. Das wird natürlich keiner zulassen. Klar, Amazon wird jetzt nicht hingehen und seine ganzen Bewertungen frei geben, dass jeder andere sie auch auf seine Webseite stellen kann, so dass die anderen auch wieder Handel betreiben können. Das kann man nicht einfach theoretisch oder auf Datenbasis entscheiden. Da werden wir genau in die Frage reinkommen: Reguliert man das oder macht man das auf? Also sagt man zum Beispiel, dass Nutzerbewertungen bei einem großen Portal, wo dann eben drei bis fünf Sterne stehen, inklusive der Kommentierung auch anderen zur Verfügung gestellt werden müssen? Diese Frage darf man sich stellen. Damit kann ich den Wettbewerb anregen. Umgekehrt glaube ich nicht, dass sich irgendein US-amerikanisches Unternehmen daran halten würde und mitspielen würde. Das ist sozusagen das Andere. Das ist genau der Punkt. Wir können nicht mit der alten Theorie diese neuen Phänomene erklären. Da bleibe ich auch ein dabei. Gerade die Transaktionskostentheorie ist, glaube ich, an dieser Stelle neu zu definieren.

Der Vorsitzende: Kollege Janecek, Sie haben das Wort.

Abg. Dieter Janecek (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Land Baden-Württemberg hat heute eine Bundesratsinitiative zur Betonung der Datensicherheit

gestartet, gerade im Kontext von Industrie 4.0. Die Grundaussage ist, die Industrieunternehmen, der Mittelstand, soll die Verfügungsgewalt über die Daten behalten. Jetzt sind wir natürlich in diesem Spannungsfeld, das oft geschildert wird, aus meiner Sicht falsch, nämlich dass guter Datenschutz und gute Datensicherheit das sind zwei Paar Schuhe, natürlich Infrastruktur und Personendaten ein Gegensatz zu Geschäftsmodellen sein könnte. Jetzt macht Baden-Württemberg mal den Ansatz zu sagen, wir brauchen eine Lösung. Da würde ich gerne mal von Ihnen hören, was denn die Lösung in diesem seit Jahren geführten Disput ist. Aus meiner Sicht müsste dieser dahin führen, dass Deutschland insgesamt, auch die Industrie, der Mittelstand, die Startups, sich am Ende dafür ausspricht, dass wir einen guten Standard kriegen, in dem wir uns unterscheiden und dann Geschäftsmodelle auf diesem Level Playing Field der Standards aufbauen. Da frage ich Prof. Müller-Lietzkow und Prof. Dobusch, weil Sie sich da auch ein bisschen geäußert haben.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Level Playing Field, ja, Datenschutz und all diese Themen. Tatsächlich habe ich irgendwie erwartet, dass diese Frage heute kommen würde. Was ist ein Level Playing Field? Das ist so eine Sache, gucken wir in die Geschichte, gar nicht so die alte, sondern die neuere Geschichte: Microsoft. Nehmen wir Microsoft als Unternehmen. Microsoft hat so ziemlich jeden Prozess geführt und verloren, den man auf der Welt verlieren konnte. Hat das dieses Unternehmen kleiner gemacht? Nein. Hat das dieses Unternehmen ärmer gemacht? Nein. Hat das dieses Unternehmen irgendwo reguliert? Nein. Also, Level Playing Field ist, glaube ich, nicht auf der reinen Regulierungsebene herzustellen. Wenn Sie mit Datenschutz kommen, finde ich, dass wir Datenschutz auf jeden Fall brauchen, gerade wenn es um private Daten etc. geht. Alles richtig. Die Frage ist nicht immer nur zu stellen, was können wir schützen, was können wir normativ machen, sondern wir müssen dahin kommen, dass wir insgesamt darüber nachdenken, welche Daten wollen wir denn überhaupt zulassen, dass sie erhoben werden. Da werden wir ansetzen müssen. Es geht nicht nur um Datenschutz, sondern es geht wahrscheinlich um prohibitivere Maßnahmen. Ich glaube, dass wenn Daten erhoben werden dürfen und/oder sie auch auf nach unseren Rechts- und



Normativvorstellungen nicht ganz legalem Wege erhoben werden können, dann werden sie erhoben. Also muss man sich überlegen, wo setzen wir an? Ist das wünschenswert aus der Wirtschaftsperspektive? Nein. Denn das ist das Paradoxon. Wir haben heute den Tag des „entweder/oder“ oder des „vielleicht-und-sowohl-als-auch“. Weil wir immer wieder in die Diskussion reinrutschen, wenn wir restriktiv und normativ vorgehen: schwächen wir auf der einen Seite die wirtschaftlichen Optionen für Unternehmen in Deutschland und Europa. Also kann man auf den EuGH direkt eine Stufe höher gehen. Das ist nicht unbedingt wünschenswert. Auf der anderen Seite, wenn wir nichts tun, wird weiterhin sozusagen eine Kannibalisierung stattfinden. Wenn Sie mich jetzt also fragen, gibt es eine Best-Practice-Lösung, so kann ich Ihnen keine nennen. Denn eines muss man ganz deutlich sagen: Ich glaube schon, dass wir auf einer europäischen Ebene nach Lösungen suchen müssen, die den Kontinent tatsächlich stärker darstellen. Da bin ich schon froh, dass wir tatsächlich den entsprechenden EU-Kommissar stellen. Denn die Nordamerikaner haben schon einen großen Vorsprung. Es wird immer dieses Silicon Valley hervorhoben, aber da gibt es noch ein paar mehr Regionen, die extrem leistungsstark in diesen IT-Feldern sind. Und ich weiß, dass eine Delegation von Ihnen in Asien war. Wer einmal da war, weiß auch, was da gerade passiert. Ich kann nur sagen, das sind ganz andere Strömungen, die dort ausgelöst werden. Es wird dringend notwendig sein, auf einer europäischen Ebene vernünftige Lösungen zu entwickeln, gemeinschaftlich und auch konsensual. Sonst könnte es problematisch werden.

SV Prof. Dr. Leonhard Dobusch: Ich möchte jetzt mal in zwei Punkten vorsichtig widersprechen. Nämlich, zum einen bezüglich der Transaktionskosten. Ich bin selber kein großer Anhänger dieser Theorie, aber wir können damit immer noch Vieles erklären. Zum Beispiel warum wir in Europa in mancher Hinsicht einen Standortnachteil haben und warum diese Transaktionskosten bestehen, wenn es darum geht, Datenschutzregelungen in verschiedenen Ländern, die abweichen, zu erfüllen. Das sind Transaktionskosten. Ich muss die Rechte klären. Ich brauche dafür eine Rechtsabteilung, die das überhaupt managt, wenn ich grenzüberschreitend Dienste anbieten will. Das sind

Transaktionskosten. Die haben nichts mit der eigentlichen Leistungserbringung zu tun. Das sind Kosten, die erhöhen die Markteintrittsbarrieren. Diese Erhöhung der Markteintrittsbarrieren führt dazu, dass wir weniger Wettbewerb haben und sie erschwert es gerade kleineren Playern, die eben nicht die Rechtsabteilung haben. Da geht es nicht nur darum, dass sie die Rechte wirklich klären müssen. Da geht es auch um die Frage, ob sie sich überhaupt das Risiko leisten können, verklagt zu werden, oder bestimmte andere Risiken einzugehen in rechtlicher Hinsicht. Das betrifft jetzt nicht nur Datenschutz. Das betrifft auch Patente. Das betrifft Immaterialgüterrecht im Allgemeinen. Ich würde sagen, da spielen die Transaktionskosten immer noch eine enorme Rolle. Das Zweite, wo ich vorsichtig widerspreche: Ich bin nicht sicher, ob diese Prozesse gegen Microsoft völlig bedeutungslos waren für das, was wir danach beobachtet haben. Der bekannteste und folgenreichste Entry Trust-Prozess gegen Microsoft war der rund um die Browereinbettung. Ich würde mal so sagen, der Grund, dass wir heute, das Microsoft heute im Browsermarkt marginalisiert wird, sind zwei Gründe: Das ist einerseits ein Prozess, der verhindert hat, dass Microsoft den Browser komplett integriert und gezwungen hat dazu bis vor wenigen Jahren, alternative Browser zu Oval anzubieten. Das hat Open-Source-basierten Anbietern, wie zum Beispiel der Mozilla Foundation, aber auch anderen Wettbewerbern, wie Google und Chrome überhaupt erlaubt, weiterhin in diesem Bereich tätig zu sein. Der zweite Fehler war ein strategischer von Microsoft, indem man 2006 die Entwicklung von Browsertechnologie eingestellt hat. Ich würde aber auch alleine die damit verbundene Aufmerksamkeit darauf, dass die Ausdehnung von Marktmacht von einem Markt in einen anderen da teilweise gebremst wird, nicht unterschätzen. Auch die damit verbundenen Chilling Effects, in dem Fall ausnahmsweise mal positiver Natur. Die Chilling Effects haben ja oftmals sehr negative Folgen. Aber hier wäre ich gar nicht mal so pessimistisch. Der letzte Punkt: Wir haben das Unternehmen kaum noch erwähnt bislang, aber ich erinnere auch an das Google-Urteil zum sogenannten Recht der Vergessenen. Eigentlich geht es hier um etwas anderes. Es hat aber schon gezeigt, dass so machtlos die europäischen Regulierungsinstanzen gar nicht sind. Ich persönlich bin zwar nicht glücklich mit dem, was da jetzt



rausgekommen ist, nämlich dass irgendwer eine Abwägungsentscheidung zwischen öffentlichem Interesse und Privatsphäre einfach delegiert hat, ohne konkrete Ausgestaltung von Seiten des Gesetzgebers. Aber was es definitiv belegt hat, ist, dass auch ganz große Player und Google ist wohl einer der größten durchaus der Regulierbarkeit zugänglich sind. Und wenn die Datenschutzgrundversorgung kommt, wäre ich guter Dinge, dass man damit ähnliche Effekte erzielen könnte nur vielleicht ein bisschen geplanter und funktionaler.

Der Vorsitzende: Gibt es weitere Fragen in dieser Runde? Wenn das nicht der Fall ist, stelle ich noch eine Frage. Danach machen wir dann eine Abschlussrunde.

Es wurde viel über Datenschutz und Datensparsamkeit und Big Data gesprochen. Mir ist nicht ganz deutlich geworden, was nun wirklich das Signal an die Politik ist. Fordert man mehr Datensparsamkeit, wie es bis jetzt war, oder eben Big Data? Für den einen ist Big Data Teufelszeug, für den anderen ist es der Segen. Da werden wir wahrscheinlich auch nicht weiterkommen. Aber ich vermisste ein bisschen die Signale aus der Wirtschaft und von Ihnen, der Wissenschaft, für die digitale Infrastruktur. Da wurde nun nicht so viel darüber gesagt, und das ist doch die Voraussetzung, um das alles auch nutzen zu können. Wir waren vor kurzem in Korea und Japan und haben dort gehört, dass 5G zum Beispiel 2018 in Korea schon Standard sein soll und 2020 zu den Olympischen Sommerspielen dann in Japan. Ist man Ihrer Meinung nach hier auf dem richtigen Weg bezüglich 5G? Ist das überhaupt schon angekommen, dass das Grundvoraussetzung ist, um letztendlich das zu nutzen, was wir heute hier besprochen haben? Das Zweite ist, es gibt zwei Bundesländer, in denen angefangen wird, Informatik, in der Schule zu lehren. Es gibt ja irgendwann einen Fachkräftebedarf, der das alles, was wir heute besprochen haben, auch aus- und durchführen soll. Sind Sie der Meinung, dass das alles ausreichend ist, oder welche ganz konkreten Forderungen gibt es da an die Politik? Die Beantwortung dieser Frage können Sie vielleicht in Ihre Abschlussstatements mit einbauen. Ich gebe als erstes das Wort dem Sachverständigen Herrn Tech, bitte schön.

SV Robin P. G. Tech: Dankeschön. Wie das vorhin bemerkt wurde, ging es hier wirklich um durchaus diverse Themen und Themenkomplexe. Vielleicht rolle ich das Feld mal von hinten auf. Ich habe auch noch was zu dem Thema Datenschutz zu sagen. Hier natürlich auch mal wieder aus einer eher jungen Unternehmensperspektive. Was nicht wirklich angesprochen wurde, ist der Zweckbindungsgrundsatz, mit dem wir hier zu kämpfen haben. Es ging viel um Monopole, es ging um Markteintrittshürden. Das ist nämlich genau sowas, eine monopolfördernde und Markteintrittshürden schaffende Institution, die wir hier haben. Auch hier ging es ja oft um die Dichotomie von US-amerikanischen einerseits und europäischen und deutschen Unternehmen andererseits. In der Praxis haben amerikanische Unternehmen hier wesentlich weniger Regeln, an die sie sich halten müssen. Das ist erstmal weder was Gutes noch was Schlechtes, sondern das ist einfach so. Das fördert natürlich eine Monopolstellung. Und wie das Herr Prof. Knie gerne in Bezug auf Uber formuliert: Die kommen mit ihrer Monopolstellung einfach her und überschreiten die rote Linie, an der wir hier in Deutschland 20 Jahre lang immer gestoppt sind. Da würde ich vorschlagen, hier weitere Überlegungen anzustellen, wie man mit diesem Themenkomplex umgeht. Beispielsweise finde ich es eine sinnvolle Möglichkeit, von der Zweckbindung zu einer Zweckangabe zu kommen. Um ansonsten den Bogen zurück zu der deutschen Industrie und ihrer Digitalisierung, um die es heute auch ging, zu spannen: Da kann ich nur nochmals sagen und Herrn Kawlath zustimmen, dass es bereits enorm viel Digitalisierung gibt. Ganz oft wird das eben nicht Industrie 4.0 oder Industry of Things genannt. Aber es ist auf jeden Fall da. Und diese Potenziale können hier sicher unterstützt werden, indem man, wie ich vorhin auch schon sagte, Startup-Unternehmen einbindet, mehr mit dem Mittelstand zusammenbringt und indem Finanzierungsmöglichkeiten schafft, vielleicht auch von staatlicher Seite. Das ist ein neuer Markt. Das sind aber auch staatliche und halbstaatliche Finanzierungsinstitutionen. Da ist noch Potenzial nach oben. Das hat sicher auch Erfolgsaussichten.

SV Prof. Dr. Leonhard Dobusch: Dann möchte ich zum Abschluss auch nochmal mit einer ganz konkreten Botschaft an die geschätzte Politik, die hier



versammelt ist, enden. Die bezieht sich genau auf diese digitale Infrastruktur. Ich glaube, eines der Problem, die wir in Deutschland schon haben ist einfach, dass wir mit einer Breitbandversorgung von durchschnittlich irgendwie 9 Megabit auf Platz 29 sind. Breitband war das vielleicht vor fünf Jahren. Ich sehe da zwei Probleme. Das eine ist trotz historisch niedriger Zinssätze und guter Finanzierungsbedingungen die öffentliche Investitionszurückhaltung im Allgemeinen und auch in diesem Bereich im Speziellen, der eigentlich meiner Meinung nach rein aus Investitionsgesichtspunkten nicht sehr verständlich ist. Wann, wenn nicht jetzt muss man investieren, wo die Investition kaum Zinsen kostet und gleichzeitig aber langhaltig und langfristig wirksam sein kann. Das Zweite, was das auch noch aufhält und auch da ist die Politik eigentlich gefragt ist, dass man den Eindruck hat, dass gerade diejenigen, die auch jetzt jenseits der öffentlichen Investitionen zu investieren gefragt sind, scheinbar immer noch das Gefühl haben, sie können den Mangel an Breitband in ein Geschäftsmodell verwandeln. Das ist genau das, was hinter Spezialdiensten steht und dem Glauben, ok, wenn wir keine Netzneutralität haben, dann brauchen wir auch gar nicht ausbauen. Da kann man vielleicht sogar noch damit Geld verdienen, dass die Bandbreite gering ist, weil dann die, die trotzdem genug Bandbreite haben wollen, für einzelne Dienstleistungen extra zahlen müssen. Ich glaube wirklich, dass wir d einerseits die Debatte Breitband mit der Netzneutralitätsdebatte verknüpfen sollten, und andererseits mit der Frage von Investitionsstau in Deutschland im Allgemeinen verknüpfen sollten.

SV Prof. Dr. Justus Haucap: Die Frage der Infrastrukturinvestition, ist ja von der sogenannten Fratzscher-Kommission aufgeworfen worden. Ich will jetzt doch in ein anderes Horn stoßen als meine beiden Vorredner. Natürlich können wir mehr Breitband haben, entweder 5G sozusagen in der Luft oder möglicherweise im Boden, aber wir haben da ja immer ein Henne und Ei Problem. Also die großen Straßen alleine werden uns nicht weiterbringen, wenn wir letztendlich keine Autobauer haben. Wir müssen schauen, was wollen und können die Leute wirklich nutzen? Da haben wir an manchen Stellen regulatorische Hemmnisse, die verhindern, dass bestimmte Dinge bei

uns entwickelt werden. Die liegen dann aber häufig in sehr unterschiedlichen Bereichen. Das kann man so schlecht pauschalisieren. Sie mögen etwa in Teilen im Datenschutz liegen. Bei Uber liegen sie im Personenbeförderungsgesetz. Wir können auch die Buchpreisbindung für e-Books einführen. An all dem wird Deutschland nicht zugrunde gehen. Wir könnten wahrscheinlich sogar die Ladenöffnungszeiten für Online-Stores regulieren. Das würde auch nichts machen. Aber in der Gesamtschau ist das dann natürlich keine Umwelt, die besonders freundlich ist um Applikationen zu entwickeln. Dann wird das nicht alleine helfen, viel Breitband zu verbuddeln. In manchen Bereichen fehlen auch einfach die Anreize, das habe ich auch in meiner schriftlichen Ausführung gesagt. Das haben wir in der Studie, die wir für das BMWi gemacht haben Herr Hartel sitzt da hinten noch herausgearbeitet. In Bereichen wie e-Health oder so ist es einfach: Wenn die Ärzte bestimmte Dinge nicht abrechnen können, dann werden sich diese digitalen Anwendungen auch nicht entwickeln. Das ist nicht unbedingt ein regulatorisches Hemmnis an der Stelle, sondern eine Frage des Anreizes. Bei uns an der Uni sehe ich es ja auch. Die digitalen Bildungsangebote, das könnte man natürlich machen, aber die Anreize sind halt ganz stumpf. Die sind eigentlich gar nicht so richtig vorhanden, sowas zu tun. Da fehlt es dann einfach. Deswegen ist das ganze Thema ein Puzzle-spiel, man kann da schlecht sagen, dies ist die Lösung, zum Beispiel nur in Bezug auf den Datenschutz. Sondern es sind viele Baustellen, die das schwierig machen, nachher Applikationen für das Breitband zu entwickeln. Und wo wir jetzt auch ganz am Schluss sind Das war auch die letzte Frage im Fragenkatalog: Sollte man das irgendwo bündeln? Es macht sicherlich schon Sinn, über diese Querschnittsfunktion „Digitales“ irgendwo zusammen nachzudenken. Aber das sind eben auch sehr unterschiedliche Kompetenzen, die man zusammenbringen muss. Es wäre wahrscheinlich gut, wenn es im jedem Ministerium ganz oben auf die Agenda geschrieben wird.

SV Prof. Dr. Jörg Müller-Lietzkow: Ich wollte tatsächlich auch noch einmal auf die Frage 9 eingehen. Da hatte ich mir erst einmal gedacht, ob der Ausschuss von uns jetzt hören will, ob er das zentrale Gremium ist oder nicht. Das möge der Ausschuss bitte selber diskutieren. Das können



Sie intern machen. Aber ich finde Frage 10, die Sie gestellt haben, ganz interessant, die haben wir gar nicht so intensiv diskutiert. Da würde ich gerne noch ein kurzes Statement dazu geben. Nämlich die Frage Future of Employment, die Studie von den Kollegen Frey und Osborne, die jetzt auch jüngst wieder aufgegriffen wurde durch irgendeine Bank. Die haben eine Studie angestellt, die vor ein paar Tagen in der WELT veröffentlicht wurde, wo es nochmal darum ging, wieviel Jobs fallen denn wirklich weg. Ich glaube, diese Frage kann man damit beantworten: In den 1990er Jahren ist damals auch von der Bundesregierung ein großes Projekt „Prioritäre Erstmaßnahmen, PEM-Projekt“ ins Leben gerufen worden. Ich weiß das noch ziemlich genau, weil ich mich da mit vielen Daten rumgeschlagen habe und mir alle möglichen Studien angeschaut habe und alle möglichen Auguren sagten, der Weltuntergang naht und die Leute werden alle arbeitslos, weil die Maschinen alles ersetzen werden. Ich glaube das nicht wirklich. Wenn man sieht, dass es heute im ITK-Sektor alleine fast 900.000 Jobs gibt, die in Deutschland inzwischen nach dem Maschinenbau der Numero zwei Sektor ist. Es ist, glaube ich, viel wichtiger, Investitionen in die Bildung zu stecken, die digitale Bildung ganz groß hervorzuheben, die Kompetenzen zu stärken und die Menschen fit zu machen, dass sie in diesem durchaus harten kompetitiven Umfeld bestehen können und den Leuten den Mut zu stärken, dass die Leute auch Lust darauf haben, mehr zu tun. Ich glaube, das wäre eine gute Maßnahme für die Politik.

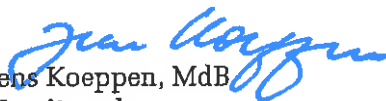
SV Bertram Kawlath: Breitband, ob das ein neuer Mobilstandard ist oder in den Boden kommt, es muss mehr als 6 Mbit sein, damit überhaupt was geht und das auch remote. Die Fragen des Datenschutzes haben wir im Verlauf der letzten zehn Jahre eigentlich mit Offenheit beantwortet und nicht mit Datenverschluss, und zwar im Sinne von Kundenfreundlichkeit. Während die ersten Programmchen, die wir zur Messung des Durchflusses durch so ein Ventil angeboten haben, hinter Passwortschranken geschützt waren, wo der Kunde und der Instandhalter im Unternehmen den Namen der Großmutter noch einspeisen

musste, haben wir das heute alles frei. Der Kunde hält einen QR-Code-Leser auf das Ventil und kriegt diese Daten alle am Arbeitsplatz auf sein iPhone, muss nicht im Archiv suchen. Also, wir sind immer gut gefahren mit offenem und freiem Umgang zu diesen Daten, bis hin zu Zeichnungen aus Kundenfreundlichkeit und sind damit in zehn Jahren noch nicht auf die Schnauze gefallen. Ansonsten glaube ich, können wir uns Datenschutz heute kaufen. Kryptographie-Programme gibt es. Das muss nicht der Staat lösen. Die NSA konnte früher, oder die CIA war das vielleicht noch, die konnte auch früher in mein Archiv einbrechen. Die können das heute vielleicht auch digital. Die Ausbildungsgänge kann ich nur unterstützen. Wir brauchen die Fachleute. Ob wir das Industrieinformatiker nennen oder wie auch immer. Es muss einen guten Namen kriegen, der die Leute anzieht, denn ich brauche nicht nur drei Ingenieure, die das können, sondern ich muss auch Leute haben, die diese Anschlüsse tätigen können, die das einprogrammieren können. Das ist für mich fast das wichtigste Thema in der Implementierung dieser Digitalisierung in meiner Produktion. Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Ich bedanke mich ganz herzlich bei Ihnen allen. Das war nahezu eine preußische Punktlandung. Es ist 18.00 Uhr, wir sind am Ende unserer Sitzung. Es wurden sehr viele Fragen beantwortet. Es sind natürlich auch neue Fragen, offene Fragen, dazu gekommen. Ich darf mich insbesondere sehr herzlich bei den Herren Sachverständigen bedanken, vielen herzlichen Dank für Ihre Ausführungen. Ich bedanke mich auch ganz herzlich bei den Zuhörern. Ich bedanke mich auch natürlich bei den Damen und Herren der Technik dafür, dass Sie das alles, insbesondere die Aufzeichnung, möglich gemacht haben. Ich wünsche allen einen angenehmen Abend, möglicherweise einen angenehmen Fußballabend, und einen angenehmen Nachhauseweg. Ich beende die Sitzung und rufe die nächste Sitzung ein für Mittwoch, den 20. Mai 2015, 15.00 Uhr, in diesem Saal. Vielen herzlichen Dank und einen schönen Abend.



Schluss der Sitzung: 18.00 Uhr


Jens Koeppen, MdB
Vorsitzender